

VORAN

Marxistische Zeitung

Arbeitszeitverkürzung

Seite 4 und 5

Lateinamerika

Seite 6 und 7

für SPD, Jusos, Falken, Gewerkschaften

Nr. 68 Dezember 1983 / Januar 1984
1,- DM — Solidaritätspreis 1,50 DM

1983 ließ viel zu wünschen übrig

1984 - JAHR DER KÄMPFE

Zum Jahreswechsel ist es üblich, sich die Hände zu schüttern und gute Wünsche auszusprechen. 1983 ließ viel zu wünschen übrig!

Die Wünsche der Arbeiter sind keineswegs außergewöhnlich, sondern seit Jahrzehnten dieselben geblieben. Wir wollen:

- Im Frieden leben
- einen gesicherten Arbeitsplatz
- keine Angst vor Krankheit und Not haben.

Aber weil Herr Kohl etwas andere Vorstellungen hat, wird es mit der Erfüllung dieser Wünsche nichts werden! Zum Zeichen seiner friedlichen Absicht schenkt Reagan Kohl keine Blumen — die ohnehin verwelken — sondern haltbare Pershing II Raketen, die im Falle eines Atomkrieges die BRD zum Hauptangriffsziel der Sowjetunion macht und der Bevölkerung somit langes Leiden erspart...

Man sollte Präsident Reagan auch lieber nicht widersprechen, denn man könnte leicht amerikanische Soldaten am Hals haben, wie die uneinsichtige Bevölkerung Grenadas schon erkennen mußte. Aber vielleicht werden 1984 mehr Leute zu der Erkenntnis kommen, daß Frieden nur in einem System gesichert werden kann, in dem der Wille von 75% der Bevölkerung durchgesetzt wird.

Der Wunsch nach einem sicheren Arbeitsplatz wird besonders aktuell sein für 740.000 Jugendliche (20.000 mehr als 1983), die einen Ausbildungsplatz suchen müssen. Wenn man die 40.000 Jugendlichen hinzuzählt, die 1983 bei ihrer Lehrstellensuche erfolglos waren, ist es fraglich, ob sich die Jugend überhaupt noch wagt, irgendetwas zu wünschen. Allein für 8.000 Stahlarbeiter bei Krupp und Thyssen wird mit Sicherheit das genaue Gegenteil dieses Wunsches in Erfüllung gehen: Sie werden 1984 auf die Straße gesetzt.

Den Wunsch nach sozialer Sicherheit konnten die Unternehmer besser durchsetzen, als die Arbeiter. Deshalb muß die Regie-

rung die Sozialleistungen zusammenstreichen, um die Steuergeschenke für die Unternehmer finanzieren zu können.

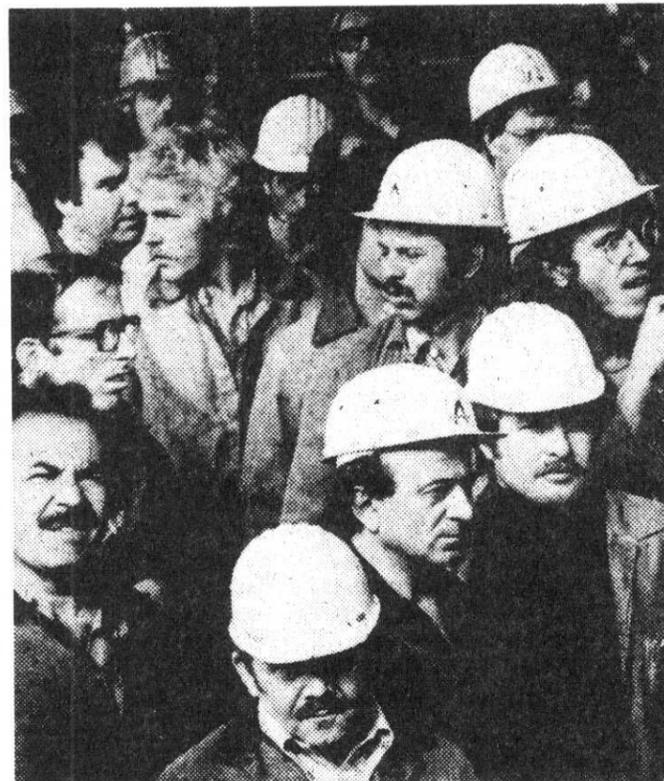
Wünsche zu äußern ist einfach, um ihre Erfüllung werden wir allerdings erst kämpfen müssen. Diese Grundbedürfnisse der Bevölkerung werden solange un erfüllt bleiben, wie sich die Gesellschaft an den Wünschen der Minderheit und nicht der Mehrheit orientiert. 1984 wird ein Jahr der Kämpfe. Aber die Kämpfe werden von anderer Art sein, als in der Vergangenheit. Die bisherigen beispielhaften Aktionen der Friedensbewegung werden eher in den Hintergrund treten, während die Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeiter verstärkt Arbeitskämpfe hervorrufen werden. Der Kampf um die

35-Stunden-Woche wird nur der Auftakt für größere betriebliche und gewerkschaftliche Kämpfe sein.

Machen wir 1984 zum Jahr des Arbeiters:

- Einen garantierten Arbeitsplatz für alle!
- Für die Aufteilung der vorhandenen Arbeit!
- 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!
- Für einen garantierten Mindestlohn von 1.500 DM!
- Voran zur sozialistischen Demokratie!

Iris Cirkel-Kuhlmann, Remscheid
SPD- und ÖTV-Mitglied



Wünsche zu äußern ist einfach, um ihre Erfüllung werden wir allerdings erst kämpfen müssen!

Schon sechs Gewerkschaften fordern 35-Stunden-Woche

Der Streik rückt näher



Jetzt wird es ernst. Der Kampf für die 35-Stunden-Woche rückt näher. Die Vorbereitungen haben begonnen. Vielen Kollegen wird klar, daß sie sich rüsten müssen: Sie erhöhen ihre Gewerkschaftsbeiträge. In den Betrieben wird immer häufiger das Thema angesprochen. Es gibt hitzige Diskussionen mit den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten.

Aber die Unternehmer schlafen auch nicht. Sie tun alles, um den Streik von vorneherein zu untergraben:

- Sie streuen falsche Informationen, Gerüchte und Lügen aus, um auch entschlossene Kollegen ins Schwanken zu bringen und Schwankende zu Streikbrechern zu machen. Die Medien helfen ihnen dabei.
- Sie bauen in den Betrieben „Streikabwehrgruppen“ auf, die sich bis in alle Einzelheiten vorbereiten. Ehemalige Bun-

deswehroffiziere sind ge-fragte Berater.

- Sie stellen schon mal sicherheitshalber einen „guten Draht“ zu den örtlichen Polizeieinsatzleitungen her.
- Sie lassen rechtzeitig, wo irgend möglich, mittels Überstunden und Sonderschichten auf Vorrat produzieren und füllen die Lagerbestände auf.

Arbeitszeit verkürzen — Arbeitsplätze schaffen



IG Metall

Das zeigt: Dieser Kampf kann nur bestanden werden, wenn wir eine Streikführung haben, die bereit ist, alle Kräfte anzuspannen und zu mobilisieren.

Fortsetzung auf Seite 9

VORAN zur sozialistischen Demokratie
 Überregionale marxistische Zeitung
 für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaft
 Erscheint im zehnten Jahrgang
 Redaktionsanschrift: VORAN, Reinwardtstr. 2, 5630 Remscheid 11
 Telefon: 0 21 91 / 5 49 32
 Bankverbindung: Pascha Essen, Konto Nr. 2500 59-430
 Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
 Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öflinger
 Druck: Gegendruck, Reuenberg 82, 4300 Essen-Dellwig

kapitalistischer Alltag

Anfang November meldete die kleine Privatbank Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co. (SMH) Vergleich an. Ein möglicher Folgekonkurs des IBH-Baumaschinenkonzerns wird von Konzernchef Esch zunächst energisch dementiert. Doch am 4. November ist es soweit: Die IBH-Baugesellschaft meldet Vergleich an. Jetzt ist aus den Chefetagen zu hören, daß alle Tochterunternehmen des IBH-Konzerns Vergleich anmelden müßten — außer dem Werk Wibau in Hessen. Einige Tage später wird aber selbst für die Firma Wibau Vergleichsantrag gestellt.

Sämtliche Werke des IBH-Konzerns im In- und Ausland sind pleite. Zehntausend Arbeitsplätze sind bedroht. Allein in der BRD bangen über 4.000 Arbeiter und Angestellte um ihre Existenzgrundlage. Die Belegschaft von Hanomag in Hannover hatte Mitte November noch keinen Pfennig Lohn für Oktober in der Tasche. Viele Zulieferbetriebe des Konzerns gerieten ins Schleudern. Hanomag hat für ein neues Werk in Hannover bisher zehn Millionen Mark verbaut, aber erst eine Million an die zwanzig am Werk beteiligten Firmen bezahlt. Damit sind weitere Arbeitsplätze in Gefahr, zumal der Neubau inzwischen eingestellt wurde. Die Rettungsaktion verschiedener Banken gilt nicht den überfälligen Löhnen, sondern den Privateinlagen der SMH-Bankkunden.

Das Vertrauen in das Kreditssystem ließen sich die Banken ganze 600 Mio. Mark kosten. Ansonsten tun sie so, als ob das ein Unfall wäre in einem sonst gut funktionierenden System. Dabei ist das normaler kapitalistischer Alltag.

Wie immer sollen auch in diesem Fall die Verluste sozialisiert werden. Der IBH-Konzern schreckt nicht davor zurück, die öffentlichen Kassen zu plündern. Dabei ist die Geschichte des Konzerns ein Paradebeispiel dafür, wie Unternehmer sich Steuergelder unter den Nagel reißen. So wurde das Hanomag-Werk in Hannover 1979 kurz vor der drohenden Schließung zu einem Schleuderpreis aufgekauft. Drei Jahre später hatten die Hanomag-Chefs die Stadt Hannover soweit, daß sie das Fabrikgelände für 48 Millionen DM abkaufte und es der Firma erbbaurechtlich zur Nutzung überließ. Dann wurde ein Fabrikneubau für 170 Millionen DM beschlossen. Dafür machte das Land einen Zuschuß von 27 Millionen locker und eine Bürgschaft von 60 Millionen. Für weitere 35 Millionen gab die Stadt Hannover der Hanomag eine Hypothek über 100 Millionen DM auf das Fabrikgrundstück. Wenn Hanomag nun in Konkurs getrieben wird, bürgt die Star-Hannover mit diesen 100 Millionen.

Die personelle Verfilzung zwischen dem IBH-Konzern, der SMH-Bank und der niedersächsischen CDU-Regierung ließen den Steuergelder- und Kreditzufluß an den IBH-Konzern wie geschmiert laufen. Wirtschaftsministerin Breuel ist an der SMH-Bank beteiligt. Zufälligerweise ist sie auch die Tochter des SMH-Mitinhalters und IBH-Aktionärs Münchmeyer.

Kreditgesetze zur zurückhaltenderen Vergabe von Krediten werden nichts daran ändern, daß auch künftig Banken pleite gehen. Und ein zukünftiger internationaler Bankenkrach — ähnlich wie 1929 — gilt heute so sicher wie das Amen in der Kirche. Die Auswirkungen werden noch verheerender sein als 1929.

Deshalb muß die organisierte Arbeiterbewegung für die Verstaatlichung der Banken unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung sorgen. Die Überwachung von Geld- und Kreditflüssen von Banken und Betrieben muß in die Hände der abhängig Beschäftigten übergehen durch Offenlegung der Geschäftsbücher vor Belegschaften und Gewerkschaften.

Den Aktionären und Bossen des IBH-Konzerns dürfen keine weiteren staatlichen Subventionen zufließen. Stattdessen sind alle Werke des Konzerns in Gemeineigentum zu überführen. Die Betriebe müssen kontrolliert und verwaltet werden aus einem Rat, der sich zusammensetzt aus einem Drittel gewählter Belegschaftsvertreter, einem Drittel Gewerkschaftsvertreter und einem Drittel Vertreter des Staates.

LESERBRIEFE

„Allheilmittel Ferienjob“

Liebe Genossinnen und Genossen!

Bei einer der letzten Jusositzungen in Köln wurde die Schülerausbildungsförderung angesprochen. Anlaß war ein Flugblatt, in dem wir eine Unterstützung von 600 DM monatlich forderten. Einige Jusos in der Sitzung sahen diese Forderung als illusorisch und für mögliche Mitglieder als abschreckend an. Man behauptete ernsthaft, daß der Idealzustand, den es zu erreichen gelte, eine Wiedereinführung der alten Bafög-Regelung sei und eventuell fehlende Beträge z.B. durch Ferienarbeit ausgeglichen werden könnten. Diese, sogar für nicht mehr so neue Jusos abschreckende Vorstellung hat mich dazu gebracht, Euch einige Erfahrungen mit diesem „Allheilmittel Ferienjob“ mitzuteilen.

Nach wochenlangem vergeblichen Suchen erhielt ich zu Anfang der Sommerferien doch noch einen Vollzeitjob. Zuerst hellauf begeistert, legte sich meine Freude sehr schnell, als ich die Arbeitsbedingungen erfuhr: 6-Tage-Woche, 9-Stunden-Tag, 300 DM Wochenlohn.

Da ich zu dieser Zeit eine andere Stelle nicht mehr hätte bekommen können, nahm ich an und stimmte zu, schwarz zu arbeiten.

Liebe Genossen von VORAN!

In Eurem ansonsten gut gelungenen Artikel über die HDW-Besetzung in Hamburg in VORAN Nr. 67 ist Euch ein kleiner Fehler unterlaufen. Diese Besetzung war nicht die erste „in der Geschichte der Hamburger Arbeiterbewegung“.

Ältere Kollegen können sich

Fünf Wochen arbeitete ich bei brütender Hitze und mit voller Verantwortung für den Warenbestand eines Klosks. Meine Bestellungen liefen bargeldlos über Lieferschein, und bei Arbeitsantritt und -ende wurde eine Inventur durchgeführt. Nach fünf Wochen mußte ich die Lieferscheine zur Abrechnung der Firma überlassen und hatte, in der Gewißheit, kein Manko gemacht zu haben (diese Gewißheit habe ich noch heute), nichts schriftliches mehr in Händen. Am Zahltag legte man mir dann folgende Rechnung vor:

Arbeitszeit: 5 Wochen, brutto 1500 DM, Lohnsteuer: 150 DM, Manko: 250 DM. Der Manko-Wert war erfunden, und ich arbeitete ohne Steuerkarte. Kurz vor einem Wutausbruch meinerseits machte man mir folgendes Angebot: 250 DM Manko; 60 DM sollten mein Anteil sein, 190.- DM Firmenanteil.

Ich willigte ein, denn ich hatte nichts schriftliches in der Hand, wußte nicht, wie die Firma diese Abrechnung manipuliert hatte und hätte bei Verweigerung z.B. der Lohnsteuerzahlung den vollen Manko-Satz zahlen müssen (40.- DM mehr als letztlich vereinbart).

Dieses Beispiel ist nur ein Fall von vielen, der zeigt, wie unorganisierte Schüler durch Ferienjobs schamlos ausgebeutet werden, und so lange es den Kapitalismus gibt, wird er auch nicht der letzte sein.

Eine Schülerin aus Köln

Guten Morgen

Liebe Genossinnen und Genossen!

Vom Bundesvorstand der Jungsozialisten erhielt ich die Aufforderung, mich als einer der 300 Helfer zu melden, welche die Jusos für die Vorbereitung des 22. Oktober und als Ordner stellen sollten. Man sollte die „Friedensnacht der Jusos“ vorbereiten; Treffpunkt: Freitag, den 21. 10. 11.00 Uhr. Die Ordner für die Demonstration sollten sich am Samstag, den 22. 10. um 6.30 Uhr treffen um unter anderem dem Genossen Vorsitzenden eine störungsfreie Rede zu garantieren.

Erhalten hab' ich den Schrieb allerdings erst am Montag, den 24. 10.!

Hoffentlich ist der Juso-Vorstand in Zukunft fähig, wichtigere Dinge besser zu organisieren. Denn vergessen wir eins nicht: die Jusos haben sich ein hohes Ziel gesteckt: Die Überwindung des Kapitalismus und die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft.

Frank Kirsch, Köln

Nicht die erste Besetzung

noch daran erinnern, daß nach Kriegsende die britische Besatzungsmacht die Hamburger Werften sprengen wollte. Die Arbeiter besetzten daraufhin die Werften. Erst als die britischen

Militärs sahen, daß sie damit auch die fest entschlossenen Arbeiter hätten in die Luft jagen müssen, nahmen sie davon Abstand.

Dies zeigt, daß Arbeiter immer wieder bereit sind, sich gegen die Zerstörung von Arbeitsplätzen und Lebensstandard zu wehren.

Ein Hamburger VORAN-Leser

Steuergesetze:

Entlastung für die Unternehmer

Für 1984 hat die Bundesregierung ein neues Steuerentlastungsgesetz geplant. „Steuerentlastungsgesetz“ — ein schönes Wort. Wir haben mal im Gesetzentwurf nachgeschaut, wie diese Steuerentlastungen aussehen werden.

* Betriebsvermögen bis zur Höhe von 125.000 DM wird von der Vermögenssteuer befreit. Höheres Betriebsvermögen wird nur mit 75% angesetzt.

* Der Vermögenssteuersatz bei Kapitalgesellschaften wird von 0,7% auf 0,6% gesenkt.

* Bei Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens (Autos, Maschinen, Einrichtungen) können die AfA-Sätze (Absätze für Abnutzung) um 25% erhöht werden.

* Betriebe mit einem Einheitswert von nicht mehr als 50.000 DM können neben der Normal-AfA im Jahr der Anschaffung eine Sonderabschreibung von 10% in Anspruch nehmen.

* Für nach dem 18. Mai 1983 angeschaffte und hergestellte Wirtschaftsgüter, die der Forschung und Entwicklung dienen, sind Sonderabschreibungen vorgesehen.

* Die Regelungen über die Sonderabschreibungen bei Handelsschiffen, Seefischereischiffen und Luftfahrzeugen werden um sechs Jahre verlängert.

* Der Freibetrag für Gewinne bei Verkauf oder Aufgabe nach Vollendung des 55. Lebensjahres oder bei Berufsunfähigkeit soll von 60.000 DM auf 120.000 DM angehoben werden.

Jeder kann sich denken, wer von diesem „Steuerentlastungsgesetz“ profitieren wird. Für den normalen Arbeiter und Angestellten ist keinerlei Steuerersparnis vorgesehen.

Aber nachdem die Umsatzsteuer ab 1. Juli 1983 von 13% auf 14% und die Rentenversicherung ab September 1983 von 18% auf 18,5% erhöht wurde, gibt es ab 1984 ein Haushaltbegleitgesetz. Und das beinhaltet folgendes:

* Ab 1. 1. 1984 müssen bei Arbeitsunfähigkeit über die Sechswochen-Grenze, Beiträge zur Sozialversicherung gezahlt werden. Diese Beiträge sollen zur Hälfte von den Krankenkassen zur anderen Hälfte von den Arbeitnehmern getragen werden. Das bedeutet eine Krankengeldverkürzung von 11,55%.

* Bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes werden Überstunden und Mehrverdienst nicht mehr gezählt. Arbeitslosengeld gibt es nur noch vom Grundlohn.

* Der Weihnachtsfreibetrag soll wegfallen.

Über die Neuregelung des Mutterschaftsgeldes berichteten wir bereits in der letzten Ausgabe.

Bis jetzt ist zwar noch keines dieser neuen Gesetze verabschiedet worden, aber bestimmt wird der CDU/FDP-Regierung noch einiges einfallen, um diese Umverteilungspolitik weiter zu betreiben.

Marita Bajorat, Remscheid
 Juso-Mitglied

Zehn Jahre VORAN

Marxismus ist Anleitung zum Handeln

Vor zehn Jahren, im Dezember 1973, erschien im bescheidenen A4-Format und noch voller Unzulänglichkeiten die erste Ausgabe unserer Zeitung VORAN.

1973 war ein Jahr der Hochkonjunktur. Massenarbeitslosigkeit war damals noch ein Fremdwort. Die SPD- und Gewerkschaftsführung, wie auch viele Arbeiter, lebten noch voll in der Gedankenwelt der „goldenen 60er Jahre“. Darum trafen wir zunächst auch auf viel Ablehnung und Spott, als wir vor der kapitalistischen Krise warnten:

„Im Jahre 1974 – oder spätestens 1975 – findet ein schwerer wirtschaftlicher Rückgang statt, der alle in Angriff genommenen Reformen unmöglich zu machen droht.“ (Originalzitat aus VORAN Nr.1).

Vorzüge einer Planwirtschaft nicht voll zur Geltung kommen. Darum ist in Osteuropa eine politische Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratie unvermeidlich. Die polnischen Arbeiter haben 1980/81 gezeigt, wie eine solche Revolution aussehen kann – auch wenn sie wegen einer zögernden, zurückhaltenden Führung vorerst nicht erfolgreich sein konnte.

VORAN hat die Forderung nach Verstaatlichung der Großkonzerne, Banken und Versicherungen stets zusammen mit der Forderung nach Arbeiterkontrolle und Arbeiterverwaltung aufgestellt. Wir meinen, daß die Arbeiter und Angestellten im Betrieb Einblick in die Geschäftsbücher und Kontrolle über Geschäftsvorgänge haben sollten. Die verstaatlichten Betriebe sollten von einem Aufsichtsrat geführt werden, dem zu gleichen Teilen Vertreter der Belegschaft, des DGB und des Staates angehören. Die Vertreter der Arbeitnehmer müssen dabei demokratisch kontrol-

rat zu verteidigen, organisierten wir Protestschreiben, Unterschriftenlisten und Solidaritätsveranstaltungen.

Perspektiven

Auf kapitalistischer Grundlage kann es für die Menschheit keinen Fortschritt mehr geben. In der BRD werden wir bis 1990 weit über fünf Millionen Arbeitslose haben. Ganze Industriezweige werden abgebaut (Stahl, Textil, Werften, Kohle), Regionen wie das Ruhrgebiet und das Saarland, Bremen und Ostfriesland werden zu Armenhäusern. Wenn es dann noch in ein paar Jahren zu einem internationalen Bankenkrach kommt, werden die Auswirkungen noch katastrophaler sein als in der Krise von 1929/33.

Die Arbeiterbewegung, und vor allem die jüngere Generation, wird zu Abwehrkämpfen gezwungen werden. Zahlreiche Streiks, Betriebsbesetzungen und auch Generalstreiks werden auf der Tagesordnung stehen. In diesen Kämpfen werden Millionen bisher unpolitischer Arbeiter sehr schnell zu der Schlußfolgerung kommen, daß der Kapitalismus ihnen keine Sicherheit mehr bieten kann und eine sozialistische Gesellschaft nötig ist.

Wenn es unserer, der jüngeren Generation, diesmal nicht gelingen sollte, den Kapitalismus zu stürzen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen, dann drohen erschreckende Konsequenzen:

- Massenhafte Verarmung, Not und Hunger auch in den Zentren des Kapitalismus
- eine kaputte Umwelt
- letzten Endes ein atomarer Weltkrieg, der die ganze Menschheit, Kultur und Zivilisation auszurotten droht.

Andererseits wird es jedoch auf der Grundlage einer vernünftigen Sozialistischen Planwirtschaft sehr schnell möglich sein, Not, Hunger und Elend weltweit auszurotten, die Arbeitszeit zu senken und Lebensstandard und Lebensqualität zu erhöhen.

Darum:

- Stärkt VORANI!
- Unterstützt den Aufbau einer marxistischen Zeitung für SPD, Juso und Gewerkschaften!
- VORAN zur sozialistischen Demokratie!

Hans-Gerd Öfinger

Dein Geburtstagsgeschenk: Eine Spende für VORAN

Auch nach der erfolgreichen Spendensammlung durch die wir uns einen Fotosatzcomputer anschaffen konnten, gehen unsere Aktivitäten zur Spendensammlung weiter.

Bei einem Treffen mit Redakteuren und Verkäufern sind spontan 518,01 DM bar gespendet worden. Inzwischen haben wir noch eine Reihe von festen Zusagen (bis spätestens Jahreswende) erhalten; unter anderem von:

Petra Weber (Remscheid) 150 DM, Andreas Wüsthoff (Remscheid) 50 DM, Gaetan Kayitare (Aachen)

50 DM, Birgitt Liegmann (Konstanz) 50 DM, mehrere Hamburger Genossen 250 DM

Findest Du VORAN lesenswert? Willst Du, daß VORAN öfter, größer und besser herauskommt? Dann mache auch Du eine Spende! Wir sind auf jede Mark, jeden Groschen angewiesen!

Spenden an: VORAN, Postcheckamt Essen, Kto.-Nr. 25 00 59-430



Marxisten betreiben keine billige Effekthascherei und wollen auch keine falschen Schleichwege aufzeigen. Schon in der ersten Ausgabe von VORAN wiesen wir darauf hin, daß selbst ein bescheidenes sozialdemokratisches Reformprogramm „nur dann durchzuführen ist, wenn die Hebel der wirtschaftlichen Macht – das heißt die Schlüsselindustrien und das Bankwesen – in Staatshänden ruhen und durch die organisierten Arbeiter und Angestellten verwaltet und kontrolliert werden.“ Wir sollten doch nach drüben gehen, hat man uns oft geraten. Doch mit zunehmendem Wirtschaftschaos, Massenarbeitslosigkeit und Betriebsschließungen haben viele betroffene Arbeiter selbst gelernt, daß die Marktwirtschaft versagt hat und eine neue Wirtschaftsordnung her muß.

Ab und zu hören wir den Vorwurf, wir seien „vom Osten finanziert“. Aber schon in der zweiten Nummer von VORAN haben wir klar und kompromißlos zu den stalinistischen Staaten in Osteuropa Stellung bezogen. Nicht Verstaatlichung und Planwirtschaft sind dort das Übel, sondern die politische Herrschaft einer abgehobenen, schmarotzerischen Bürokratie. Ohne echte Arbeiterdemokratie können die

liert werden, jederzeit von ihrer Basis absetzbar sein und sollten nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

Bei Streiks, Betriebsbesetzungen, Betriebsschließungen, örtlichen Demonstrationen und Kampagnen haben VORAN-Verkäufer schon oft praktische Solidarität gezeigt. Und wenn es darum ging, unbequeme kritische SPD- und Gewerkschaftsmitglieder gegen Disziplinierungsversuche durch den Appa-



Zeugnisnoten für die IG-Metall

Wenn die Unternehmerpresse Gewerkschafter beurteilt, klingt das so: „Im Gegensatz zum konziliananten (d.h. entgegenkommenden) Loderer, der für die Nöte der Unternehmer schon mal Verständnis zeigte, ist der schlaue Steinkühler in seiner Härte häufig kompromißlos“. So schreibt das „Industriemagazin“ in seiner Augustausgabe über den Führungswechsel in der IG-Metall. „Wo Loderer ein Auge zudrückte, wenn Unternehmen ins Schlingensiefel gerieten, und die untertarifliche Bezahlung klammheimlich zuließ, wird Steinkühler mit aller Macht dagegen vorgehen.“ Doch die Arbeitgeber gewinnen der kommenden Ära Steinkühler auch Positives ab: „Immer in passendes Tuch gewandet, verstärkt er damit beim eher konservativ gekleideten Vorstand den Eindruck, er wisse die angenehmen Seiten des Kapitalismus durchaus zu schätzen.“ Er spreche auf Handelskammertagungen so überzeugend vom Leistungsprinzip, daß Mittelständler ins Schwärmen kommen. Die wichtigste Eigenschaft für die Unternehmer in Hinblick auf die zukünftigen härteren Tarifverhandlungen, nennt Dr. Wolfram Thiele, Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall: „Der hat seine Basis wirklich im Griff“. Da kann man nur sagen: Holzauge sei waschsam. In Zukunft sollten wir nicht nur auf die radikaleren Worte unseres Spitzenmannes vertrauen. Wir werden hinter dem Kollegen Steinkühler stehen, ihn beim Wort nehmen und den Arbeitgebern zeigen, wer wen „wirklich im Griff“ hat!

Sozialpartnerschaft

Sie reden viel von sozialer Partnerschaft, die Unternehmer – doch in ihren Pressemagazinen propagieren Sie den „Null-Betriebsrat“. Unter dieser Überschrift konnte man in einer Buchempfehlung des „Industriemagazins“ nachlesen, was Unternehmer von Betriebsratsarbeit halten: Man verweigert ihm das eigene Büro, läßt ihn Akten zu Hause aufbewahren und verhandelt mit ihm nur im Chefzimmer. Dies ist nur eine von vielen Empfehlungen. Ein weiterer Tip: Betriebsräte, die zu Schulungen der Gewerkschaft gehen, finden hinterher nicht selten einen wegrationalisierten oder wegorganisierten Arbeitsplatz vor. Was unsere „Partner“ sonst noch alles mit uns vorhaben – lest es selber nach: Helmut H. Graf: »Der reibungslose Umgang mit dem Betriebsrat«, Verlag moderne Industrie, Landsberg. Gesamteindruck: Sozialpartnerschaft? Nein Danke!

Schloßtaufe

Neue Geldeinnahmequellen erhoffen sich ein paar blaublütige Freunde von unserem „Wirtschaftsgrafen“. In der Hamburger „Welt am Sonntag“ fand sich folgendes Inserat: „Wollen Sie Ihren Namen verewigen? Wir benennen unser Schloß nach Ihrem Namen.“ Klingt das nicht himmlisch: „Hans-Müller-Schloß“ oder „Fürstenresidenz Emma Meyer“. Da soll noch einer sagen, Grafen und ähnliche Durch- und Erlauchte hätten kein Herz für die arbeitende Bevölkerung. Also: Wer in einer kleinräumigen Schlichtbauwohnung lebt und vom großen Eigenheim im Grünen träumt, kann ja schon mal die erste Rate auf sein zukünftiges Traumschloß anzahlen und es mit seinem Namen belegen – das tröstet ungemein bei der nächsten Mieterhöhung, die – Kohl sei Dank – bis zu 30% betragen kann und die Euch sicherlich von einem oder anderen höchstgräflichen Hauseigentümer zugeschickt wird.

JUGEND FÜR SOZIALISMUS

Ein Ausweg aus der kapitalistischen Sackgasse



LEST UND DISKUTIERT DIE VORAN BROSCHÜRE

Inhalt:

- 1. Jugend und Freiheit
- 2. Jugend in der BRD
- 3. Jugend im ZDF
- 4. Jugend und
- 5. Jugend
- 6. Jugend
- 7. Jugend
- 8. Jugend
- 9. Jugend
- 10. Jugend
- 11. Jugend
- 12. Jugend
- 13. Jugend
- 14. Jugend
- 15. Jugend
- 16. Jugend
- 17. Jugend
- 18. Jugend
- 19. Jugend
- 20. Jugend
- 21. Jugend
- 22. Jugend
- 23. Jugend
- 24. Jugend
- 25. Jugend
- 26. Jugend
- 27. Jugend
- 28. Jugend
- 29. Jugend
- 30. Jugend
- 31. Jugend
- 32. Jugend
- 33. Jugend
- 34. Jugend
- 35. Jugend
- 36. Jugend
- 37. Jugend
- 38. Jugend
- 39. Jugend
- 40. Jugend
- 41. Jugend
- 42. Jugend
- 43. Jugend
- 44. Jugend
- 45. Jugend
- 46. Jugend
- 47. Jugend
- 48. Jugend
- 49. Jugend
- 50. Jugend

Die VORAN-Broschüre

VORAN ist eine marxistische Zeitung, die von einem unabhängigen Redaktionskollektiv gemacht wird, das aus aktiven Jungsozialisten, Gewerkschaftern und Falken besteht. Finanziert wird VORAN alleine durch die Spenden ihrer Leser und Anhänger. VASuPa Hans-Gerd Öfinger, Hammesbergerstr. 75, 3630 Remscheid, Tel. 02191/81264. Spenden werden erbeten auf das Konto Angela Bankert, 2422 50-432, Postcheckamt Essen.

Arbeiterbewegung und 8-Stunden-Tag

100 JAHRE KAMPF FÜR ARBEITSZEIT VERKÜRZUNG



Amerikanische und deutsche Arbeiter vor dem 1. Weltkrieg

Erfolge durch Mobilisierung

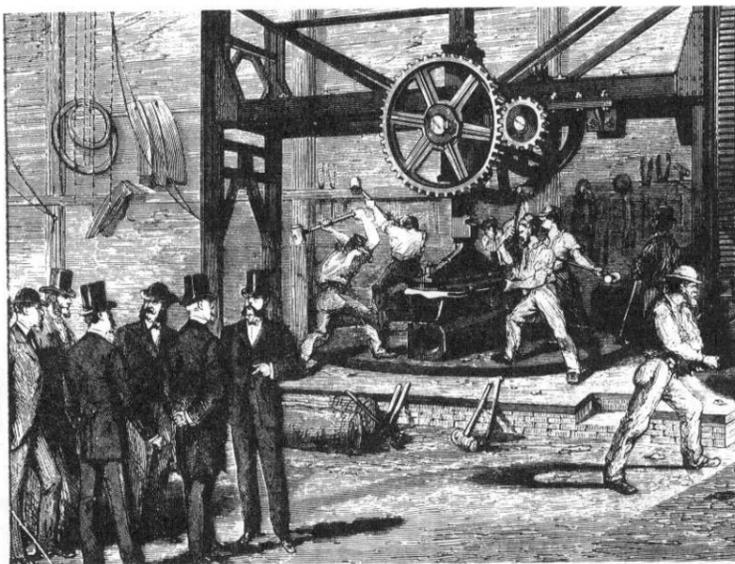
Vor gut 100 Jahren begann die damals noch junge und frische Arbeiterbewegung den Kampf um den 8-Stunden-Tag. Diese Bewegung ging in den 80er Jahren von den US-amerikanischen Arbeitern aus

Eine katastrophale Wirtschaftskrise traf 1884 die amerikanische Industrie: 10% Arbeitslosigkeit, 15-40% Lohnkürzung — das war die Medizin, mit der das Kapital sich auf dem Rücken der Arbeiter kurieren wollte. Doch der Arbeitstag blieb lang und hart — für die Mehrheit zwischen 14 und 16 Stunden.

8-Stunden-Verbände

In kurzer Zeit schossen in allen großen Städten von New York bis New Orleans und San Diego sogenannte „8-Stunden-Verbände“ wie Pilze aus dem Boden. Durch diese Aktivitäten konnten die Gewerkschaften innerhalb eines Jahres ihre Mitgliederzahl verdoppeln!

Der 1. Mai 1886 stand im Zeichen der ersten größeren Schlacht um den 8-Stunden-Tag: 20.000 Tabakarbeiter, Bauarbeiter und Zigarettenreher streikten, die Hälfte von ihnen den ganzen Mai hindurch, unterstützt nur durch Geldsammlungen nichtstreikender Gewerkschaften. In diesem ersten Anlauf gab es nur einen Teilerfolg: 42.000 Arbeiter erhielten eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverlust.



1850: 12 Stunden Arbeit an 7 Wochentagen

Doch die Bewegung von 1886 war erst der Anfang einer langen Serie von Kämpfen. Nachdem 1888 der neugegründete US-amerikanische Gewerkschaftsbund AFL beschlossen hatte, den 8-Stunden-Tag bis zum 1. Mai 1890 zu erkämpfen, fanden am 1. Mai 1889 in 420 verschiedenen Städten Streiks und Demonstrationen statt. Ein Jahr später wurde ein erfolgreicher Generalstreik durchgeführt, der den 8-Stunden-Tag in 137 Städten und den 9-Stunden-Tag überall sonst ertrug.

Deutschland 1890

In Deutschland hatte sich die Arbeiterbewegung bei der ersten

Maifeier 1890 gerade vom Sozialistengesetz befreit, wurde aber vom Staat immer noch stark unter Druck gesetzt. Demonstrationen und Arbeiterversammlungen waren durchsetzt von blitzenden Pickelhauben preußischer Polizisten. Nach wie vor wurden willkürlich sozialdemokratische Aktivisten verhaftet. Sogar das Militär wurde an diesem Tag in den Kasernen gehalten, damit es gegebenenfalls eingesetzt werden konnte. Viele Bahnhöfe wurden durch Soldaten „abgesichert“. Maifeierende Arbeiter wurden zudem oft rücksichtslos von den Unternehmern entlassen.

Die aktivsten Schichten der Arbeiterklasse ließen sich dadurch

aber nicht beeindrucken. Sie setzten auf die Kraft der Solidarität. Rund 200.000 Arbeiter traten in einen eintägigen Streik.

Gewerkschaften

Die Arbeitgeber antworteten vielerorts mit Aussperrungen. Dies führte vor allem dazu, daß die Arbeiter die Mängel der Zersplitterung in zahllosen Berufsvereinen sahen. Auf dem Gewerkschaftskongreß in Halberstadt 1892 schufen sie deshalb nach dem Berufsprinzip aufgebaute Zentralverbände, die in einer Zentralkommission zusammengefaßt wurden. Anfang 1900 konnten sich die Gewerkschaften auf ein Potential von „nur“ 680.472 Mitgliedern stützen, 1910 waren es weit über zwei Millionen. Der sechste Kongreß der Freien Gewerkschaften Deutschlands (Hamburg 1908) umriß die sozialpolitischen Vorstellungen der Gewerkschaften. In ihrem Programm war der Kampf für den 8-Stunden-Tag eine zentrale Forderung. Doch die Gewerkschaftsführer verhielten sich kompromißlerisch und zogen es vor, die Kapitalisten als Verhandlungspartner anzuerkennen, statt die Mitglieder zu großen Kämpfen zu mobilisieren.

International

Der Kampf der Arbeiter um den 8-Stunden-Tag war zu der Zeit nicht auf die USA beschränkt. In allen hochindustrialisierten Ländern kämpften die Gewerkschaften und Arbeiterparteien für eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit. Ein ausgeprägtes Be-

wußtsein für internationale Solidarität entstand. Der Gründungskongreß der II. (sozialistischen) Internationale 1889 beschloß deshalb, in allen Ländern und Städten gleichzeitig „eine große internationale Manifestation für die Erkämpfung des 8-Stunden-Tages und für internationale proletarische Solidarität“ durchzuführen. In Erinnerung an die Kämpfe der amerikanischen Arbeiter wurde dafür der 1. Mai 1890 festgelegt. Hunderttausende von Arbeitern legten in verschiedenen Ländern die Arbeit nieder und strömten zu Kundgebungen und Demonstrationen.

Verhandlungen statt Kampf

Das Problem der Führung stellte sich im Verlauf der Kämpfe für den 8-Stunden-Tag immer häufiger. Die Arbeiter, die bewußt gegen die Kapitalisten kämpften, wurden oft von hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären zu Verhandlungen mit den Kapitalisten überredet. 1914 verdiente ein Gewerkschaftsfunktionär 5 bis 6000 Mark jährlich, ein gelernter Arbeiter aber nur 1.000 Mark. Diese reformistische Politik brachte den Arbeitern letztendlich nur ein geringfügiges Ansteigen der Reallöhne und eine Arbeitszeitverkürzung um 1,5 Stunden täglich (von 11 Stunden 1893 auf 9,5 Stunden 1914). So kam es zu einem mäßigen Ergebnis der Kämpfe für den 8-Stunden-Tag bis 1914, obwohl mit einer marxistisch orientierten Führung die Kampfbereitschaft der Arbeiter zu wesentlich mehr fähig gewesen wäre.

Jakob Meindorf, Köln

Wilhelm Liebknecht: Kapitalismus produziert Arbeitslose und Chaos

Selt Mitte des letzten Jahrhunderts kam es in Deutschland zu einem starken Anwachsen der Industrie. Besonders deutlich wird das am Anwachsen der deutschen Industriestädte. So stieg z.B. die Einwohnerzahl von Bochum von 4.000 im Jahre 1840 auf 120.000 (1907) an, mit einem Arbeiteranteil von ca 50.000 Einwohnern! Erreicht wurden diese Zahlen vor allem durch Zuwanderer aus den ländlichen Gebieten, die sich in den Städten ein besseres Leben erhofften. Die Arbeitsbedingungen der werktätigen Bevölkerung waren extrem schlecht; es bestand ein 12-Stunden-Tag für die meisten bei einer 6-Tage-Woche.

1885 brachte die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag einen Arbeitsschutz-Gesetzentwurf ein, dessen Kernpunkt die Forderung nach gesetzlich auf zehn Stunden begrenzter täglicher Arbeitszeit war. Im gleichen Jahr verfasste der führende Sozialdemokrat Wilhelm Liebknecht eine Artikelserie zum Thema Normalarbeitstag. Wer sie durchliest und mit den heutigen Gegebenheiten vergleicht, wird merken, daß der heutige Kapitalismus sich in nichts grundlegendem vom damaligen unterscheidet. Liebknecht schrieb damals:

„Zunächst ist es ein Irrtum, daß ein Fabrikant, der jetzt hundert Arbeiter bei elfstündiger Arbeit beschäftigt, nach Einführung des zehnstündigen Normalarbeitstages. . . genötigt sein würde, zehn neue Arbeiter zu engagieren. . . Das englische Parlamentsmitglied Ferrand erklärte am 27. April 1863 im Unterhaus: 'Arbeiterdelegierte von 16 Di-



scheinbar widerspruchsvolle Schauspiel darbietet: bei gesteigerter Produktion Überflüssigwerden von Arbeitern. . .“

Wilhelm Liebknecht belegt diese Aussagen mit viel Zahlenmaterial. Viele, die diesen Artikel lesen, werden dies wohl auch aus eigener Erfahrung bestätigen können. Liebknecht beläßt es jedoch nicht bei der Darstellung dieser Entwicklungen. Es packt das Problem an der Wurzel:

„Gegen die Krisen und Arbeitslosigkeit ist der Normalarbeitstag ohnmächtig. Diese Hauptschrecknisse des Arbeiters haben mit der Länge des Arbeitstages gar nichts zu tun. Sie entspringen aus dem innersten Wesen der Privatproduktion und des Kapitalismus und werden bestehen, solange diese bestehen. Sie entspringen aus der Unfähigkeit der Privatproduktion, den Markt zu überschauen und Konsumption (Verbrauch, der Verfasser) und Produktion in Harmonie zu bringen. Selbst bei staatlicher Überwachung. . . würde diese Unfähigkeit fortdauern, denn die Überwachung kann unmöglich so weit gehen, daß jedem Kapitalist vorgeschrieben wird, was und wieviel er zu produzieren hat. Eine solche Kontrolle verträgt sich nicht mit dem Bestand der Privatproduktion und wäre gleichbedeutend mit deren Vernichtung.“

Diese Schlußfolgerungen Liebknechts sind auch unsere. Es ist wohl möglich, schon im Kapitalismus für eine Arbeitszeitverkürzung zu kämpfen und Erfolge zu erreichen. Doch solche Reformen sind nie stabil und dauerhaft, solange die Industrie in Privathänden ruht und wir nicht selbst über solche Maßnahmen die Kontrolle ausüben können. Die technische Revolution schafft die Voraussetzungen dafür, daß die Menschheit bei

Proletarier aller Länder Vereinigt Euch!

strikten Lancashires und Cheshires, in deren Auftrag ich spreche, haben mir mitgeteilt, daß die Arbeit in den Fabriken beständig wachse. Statt wie früher eine Person mit Gehilfen zwei Webstühle bediente, bedient sie jetzt drei ohne Gehilfen, und es ist gar nichts ungewöhnliches, daß eine Person vier bedient. Zwölf Stunden Arbeit werden jetzt in weniger als zehn Arbeitsstunden gepresst. . .“

. . . Nicht nur hat die kapitalistische Produktion die Tendenz und Kraft, eine gleiche Summe von Arbeit in immer kürzerer Arbeitszeit zusammenzupressen, sie hat auch die weitere Tendenz, immer mehr Arbeiter überflüssig zu machen, so daß sich uns das

weniger Arbeitseinsatz mehr produzieren und ihre Bedürfnisse noch besser befriedigen kann. Um dies aber voll zur Geltung zu bringen, müssen wir die Betriebe dem Besitz und der Verfügung der einzelnen Kapitalisten entreißen und gemeinsam über Planung und Produktion kontrollieren. Erst dann kann jeder einen garantierten Arbeitsplatz finden und wird man die Arbeitszeit Schritt um Schritt senken können, bei gleichzeitiger Anhebung des Lebensstandards und immer größerer Selbstverwirklichung des Menschen.

**Olaf Meindl, Remscheid
Jungsozialisten**

1918 - '23 bestand der 8-Stunden-Tag

Wie gewonnen — so zerronnen. . .



Nur unter dem Druck der Novemberrevolution waren die Unternehmer 1918 bereit, den Arbeitern die Reform des 8-Stunden-Tages zuzugestehen.

Ende 1918 flieht, d. h. desertiert ein Mann nach Holland. Er bekommt dafür eine Pension, die dem zig-fachen eines Arbeiterlohnes entspricht und darf riesige Bestände an Edelmetallen und Kunstgegenständen „mitnehmen“.

Es ist Kaiser Wilhelm II. Mit ihm werden 22 weitere Monarchen in Deutschland „arbeitslos“; über 1.000 Jahre Fürstentümer sind innerhalb eines Tages beendet.

Arbeitermacht

In Fabriken und Armeequartieren werden Arbeiter- und Soldatenräte gewählt. Ihre Milizen kontrollieren Straßen und Betriebe. Eine Kernforderung dieser Räte war die Sozialisierung der Schlüsselindustrie. Diese Forderung hatte gute Chancen: Die neugebildete Regierung war aus Vertretern der Arbeiterparteien zusammengesetzt; sie war eine zeitlang den Weisungen der Räte unterstellt, in den Fabriken hatten die Arbeiter die Kontrolle über die Produktion übernommen, und die ehemals kaiser- und unternehmerfreundliche Armee war von Soldatenräten beherrscht

Der Achtstundentag

In dieser Zeit trafen sich Gewerkschafts- und Unternehmerführer. Die Unternehmer waren bereit, Jahrzehnte alte Forderungen der Arbeiter sofort zu erfüllen:

- völlige Freiheit, sich gewerkschaftlich zu organisieren
- Einführung des 8-Stunden-Tages
- Arbeitslosenunterstützung

Sie hatten keine andere Wahl. Die Räte hatten schon längst begonnen, diese Forderungen in die Praxis umzusetzen. Für dieses „Entgegenkommen“ der Unternehmer verzichteten die Gewerkschaftsführer auf die Forderung nach der Sozialisierung.

Die Kapitalistische Wirtschaft funktioniert also weiter, der Lebensstandard der Arbeiter sinkt

bis Ende 1923 auf das Niveau von 1910. Die Unternehmer versuchen mit Hilfe des Staates, ihre Zugeständnisse Stück für Stück zurückzunehmen. 1922 streiken 160.000 Metallarbeiter in Süddeutschland, noch erfolgreich, für höhere Löhne und die Beibehaltung der 48-Stunden-Woche (d. h. auch des 8-Stunden-Tages). Die Räte werden gewaltsam aufgelöst, in den Betrieben herrschen wieder die Unternehmer, und der Staat wird wieder von dem alten Beamten- und Offiziersapparat kontrolliert.

Während der Inflation 1923 gibt es noch einmal große Demonstrationen, in einigen Betrieben und Städten bilden sich Räte, und im von der französischen Armee besetzten Ruhrgebiet bewaffnen sich Arbeiter. Die Arbeiterorganisationen hätten, wie 1918, die Möglichkeit gehabt, die Macht zu übernehmen, die kapitalistische Anarchie (=Planlosigkeit) und Wirtschaftskrise zu beenden und die sozialistische Demokratie aufzubauen. Die linken Arbeiterführer ließen jedoch die Chance verstreichen, und die Krise wurde wieder auf dem Rücken der Arbeiter für eine kurze Zeit beendet. So kämpften die Unternehmer mit Hilfe der französischen Armee gegen die Bergarbeiter, um sie zu zwingen, 8 1/2- statt 7-Stunden-Schichten zu fahren. Im Dezember '23 sagt die Regierung in einer Verordnung, daß der 10-Stunden-Tag wieder zulässig sei; in der Industrie darf 59 Stunden in der Woche gearbeitet werden. Können Unternehmer und Gewerkschaft sich nicht einigen, kann der Staat entscheiden.

Die Arbeiter kämpfen weiter

Gegen die Arbeitszeitverlängerung streikten '24 in Berlin 150.000 Arbeiter, in Nordrhein-Westfalen eine halbe Million. Die BASF-Unternehmer führen die 9. Arbeitsstunde ein — ohne Lohnerhöhung. Die Arbeiter streiken, werden ausgesperrt, und fünf von ihnen getötet. 1926

arbeiten in einer Gruppe amtlich erfaßter Arbeiter mehr als 50% wieder mehr als 48 Stunden pro Woche.

Welcher Weg heute?

Bis 1970 stand in den meisten Tarifverträgen in der BRD die 40-Stunden-Woche, und der Kapitalismus stand in voller Blüte. Trotzdem arbeitete durchschnittlich jeder Arbeitnehmer 4,5 Überstunden in der Woche. Jetzt wird der Kampf um die 35-Stunden-Woche nur durch große Kampfmaßnahmen gewonnen werden. Die Unternehmer werden am Verhandlungstisch einem Ergebnis „35 Stunden und voller Lohn“ nur zustimmen, wenn sie sehen, daß die Kampfmaßnahmen der Arbeiterbewegung ihnen mehr Nachteile einbringen (bzw. schon eingebracht haben), als die Einführung der kürzeren Arbeitszeit. Vor fünf Jahren haben 15 Millionen Industriearbeiter in ganz Westeuropa an Kampfmaßnahmen für kürzere Arbeitszeit teilgenommen. Dies und die Erfahrungen der Geschichte beweisen, daß die Arbeiterbewegung die Kraft hat, den Unternehmern ihren Willen aufzuzwingen, wenn sie mobilisiert.

„Das Erreichte sichern“

Ist das Ziel erreicht, so muß es immer verteidigt werden, denn die Unternehmer werden, wie vor 60 Jahren, versuchen, den Fortschritt rückgängig zu machen. Sie werden auch weiter versuchen, Arbeitsplätze zu vernichten. Die Unternehmer und der Staat arbeiten ständig daran, die Lasten ihrer Krise, für die es in ihrem System keine Lösung gibt, auf die Schultern der Arbeitnehmer zu laden. Der Versuch, Kontrolle über die Arbeitszeit und Arbeitsplätze zu gewinnen, muß daher in den Kampf münden, die Kontrolle über den ganzen Betrieb zu gewinnen; das ist der Kampf für eine Überführung der großen Industrie in Gemeineigentum, für den Aufbau der sozialistischen Demokratie!

Dieter Affeln, Köln

Revolution im Hinterhof der USA

Invasion in Grenada

Allmählich kriegt man das Gefühl, daß sich die Welt auf den Kopf stellt. Grenada, Mini-Insel in der Karibik, 310 Quadratkilometer groß, 110.000 Einwohner, Hauptexportgüter Muskatnüsse und Bananen, stand plötzlich im Rampenlicht der Weltöffentlichkeit, nachdem dort Mitte Oktober ein Regierungsputsch die USA zum Militäreinmarsch veranlaßte. Der Elefant wurde von einem Floh gestochen!

Wenn nicht totenste politische und strategische Interessen auf dem Spiel ständen, wäre die Invasion auf Grenada fast lächerlich. Es geht weniger um einen vermeintlichen Militärflughafen im Süden der Insel als um die bedrohliche Lage in der Karibik. Diese Region umfaßt 4,5 Millionen Einwohner und ist ein bedeutender Absatzmarkt, vor allem für die USA. Wichtiger jedoch ist ihre politische Bedeutung, da aufgrund der schrecklichen Armut dort die Verhältnisse zuungunsten kapitalistischer Interessen umzukippen drohen. Diese ehemaligen Kolonien gingen verarmt und ausgebeutet in die Unabhängigkeit und können die einfachsten Bedürfnisse der Bevölkerung nicht befriedigen. Kein karibischer Staat kann sich allein auf dem Weltmarkt behaupten, und jetzt droht der eigens zum Zweck ihrer wirtschaftlichen Stärkung gegründete Handelsverband *Caricom* auch noch auseinander zu brechen.

Seit der Machtübernahme des linken Premiers Maurice Bishop 1979 hatte sich das Leben der Grenadier spürbar verbessert.

Die Arbeitslosigkeit ist von 49% auf 14% gesunken, und 1982 wuchs die Wirtschaft um 5,5%. Wo gibt es das sonst noch heute? Die gesellschaftliche Stabilität Grenadas sowie Bishops Popularität gründete auf Reformen im Interesse der Bevölkerung wie z.B. im Bereich der staatlichen Fürsorge, Bildung und Gesundheit. Jedoch ging dieser Reformprozess offensichtlich dem linken Flügel der Regierungsbewegung *New Jewel Movement* zu langsam voran. Da die Wirtschaft überwiegend in privater Hand gelassen wurde, konnte der Lebensstandard nur aufgrund der erhöhten Staatsverschuldung steigen, was in relativ kurzer Zeit zu erheblichen finanziellen Schwierigkeiten führen wird.

Nun begründet Präsident Reagan den Einmarsch mit der neuen marxistischen Gefahr, obwohl die Bishop-Regierung ihm schon lange ein Dorn im Auge war. Welche Überlegungen steckten sonst hinter dem amerikanischen Übergriff?

Reagan will seinen Feldzug gegen den „Weltkommunismus“ in einem Land führen, wo der Erfolg relativ sicher ist. Er wagt es noch nicht, Nicaragua anzugreifen (siehe Artikel auf dieser Seite), möchte den Sandinistas aber Angst einjagen. Außerdem spielten innenpolitische Gründe zweifellos eine Rolle. Zwei Tage vor dem US-Einmarsch am 25. 10. wurden 200 amerikanische Soldaten der sogenannten UNO-Friedenstruppen im Libanon getötet. Die öffentliche Empörung in den USA war riesengroß:

Das weiße Haus ist mit Anrufen überschüttet worden; es wurde gefragt, was das überhaupt soll und was unsere Jungen dort zu suchen hätten. Nachdem 10.000 US-Soldaten die zahlenmäßig winzigen Milizen auf Grenada besiegten (immerhin dauerte das zehn Tage) steht Reagan laut Umfrage mal wieder hoch im Kurs. Immerhin liefen die Nominierungen für die Präsidentschaftswahlen '84 in derselben Woche an... Kein Zweifel, der Putsch auf Grenada kam ihm äußerst gelegen.

Arbeiter, Linke und Sozialisten in der ganzen Welt haben gegen die Grenada-Invasion protestiert und verstanden, daß der Kapitalismus keinen anderen Ausweg aus seiner Krise weiß als Unterdrückung und Gewalt — sei es in der Karibik, Mittelamerika oder der Dritten Welt. Wir müssen alles tun, um die internationalen Verbindungen innerhalb der Arbeiterbewegung zu stärken und klar zu machen, daß nur die Solidarität aller unterdrückten Klassen auf der Basis eines Programms für eine sozialistische Welt diesen kapitalistischen Teufelskreis brechen kann. Der Putsch Bishops 1979 sowie Austins 1983 wurde von einer bewaffneten Gruppe führender Persönlichkeiten ohne die aktive Beteiligung der grenadischen Bevölkerung durchgeführt. Der Sozialismus erfordert aber die aktive Beteiligung der Massen. Die Arbeiter und Bauern müssen die Wirtschaft kontrollieren,

Felicity Garvie, Köln

Nicaragua wie geht es weiter?

Nicaragua ist an und für sich mit seinen drei Millionen Einwohnern ein unbedeutendes Land. Die Auswirkungen, die eine erfolgreiche Revolution auf die 140 Millionen Südamerikaner, die in bitterster Armut dahinvegetieren haben würde, wären allerdings für den US-Imperialismus eine lebensgefährliche Bedrohung.

Bis jetzt versucht das Weiße Haus, dies durch die „Destabilisierung“ zu erreichen. Sie versuchen also durch Wirtschaftsboykott und militärische Aktionen die sandinistische Regierung zu stürzen.

50.000 Nicaraguaner haben ihr Leben geopfert, um Somoza zu stürzen. Es dürfte nicht so leicht sein, ein solches Volk auf Dauer zu unterdrücken. Früher oder später würde die US-Armee einen Guerillakrieg verlieren und müßte abziehen. Deshalb wehren sich die US-Kapitalisten, die nicht in Lateinamerika engagiert sind, gegen eine Invasion.

Nur wenn die Mehrheit der Arbeiter und Bauern weiterhin hinter den Sandinisten stehen, wird Nicaragua dem zunehmenden Druck einer militärischen Intervention der USA standhalten können. Die wachsende Arbeitslosigkeit und das wirtschaftliche Chaos drohen diese Solidarität zu untergraben. Die Arbeitslosigkeit liegt heute bei 30%, der

Lebensstandard ist seit Somozas Sturz um 25% gefallen. Schuld an dieser gefährlichen Situation hat auf der einen Seite selbstverständlich der Wirtschaftsboykott durch die USA, aber auch der „brüderliche“ Rat Moskaus und Kubas: Immer noch sind 60% der Industrie und 90% der Landwirtschaft in privaten Händen, und wenn es nach ihnen geht, soll es auch so bleiben! Das ist eine ausreichende Basis für das nicaraguensische Kapital, um zu sabotieren und die Revolution zurückzuwerfen. Die Kapitalisten in Nicaragua haben den Sturz Somozas nicht deshalb unterstützt, weil er so ein grausamer Diktator war, sondern nur weil er keinen Profit mehr für seine Kollegen übrigließ.

Die Sandinisten müssen sich endlich vom Traum der „Mischwirtschaft“ trennen! Nur wenn die Wirtschaft verstaatlicht und von der gesamten Bevölkerung demokratisch geplant wird, lassen sich die schweren wirtschaftlichen Probleme in den Griff kriegen. Dann kann auch die Gefahr einer inneren Konterrevolution ausgeschaltet werden.

Sollte es aber zur offenen US-Intervention kommen, dann müssen Sozialisten in aller Welt bedingungslos Partei für das nicaraguensische Volk und die sandinistische Regierung ergreifen.

Frank Kirsch, Köln
SPD-Mitglied

Bürgerkrieg in El Salvador

Die Auswirkungen der Revolution in Nicaragua auf die umliegenden Länder widerspiegeln den Niedergang des US-amerikanischen Imperialismus. Er ist unfähig, auf Dauer die Revolutionen innerhalb der vom Kapitalismus geschaffenen künstlichen Grenzen zu halten — wie es die Ausbreitung der Revolution nach El Salvador und Guatemala zeigt.

General Rios Montt aus Guatemala sagte einmal: „Wir haben keine Politik der verbrannten Erde, wir haben eine Politik der verbrannten Kommunisten“. D'Aubuisson, der von einem ehemaligen US-Botschafter als „pathologischer Killer“ (pathologisch = krankhaft) beschrieben wurde, regiert das Land ganz im Sinne von Montt mit Hilfe von Polizei, Armee und der ultra-rechten Terror-Truppe „ORDEN“, deren Methoden des Entführens, Folterns und Tötens so schlimm ist, daß sich die Kissinger-Kommission für Zentralamerika bei ihrem kürzlichen Besuch dort gezwungen sah, die Frage der Menschenrechte anzusprechen; dabei stellen diese Methoden für d'Aubuisson die einzige Möglichkeit dar, seine Machtstellung zu halten.

Da der US-Imperialismus Nicaragua fast verloren hat, kann er es sich nicht erlauben, auch noch El Salvador einzubüßen, denn dann würden sowohl Guatemala als auch Honduras folgen.

Zehn Prozent der Bevölkerung besitzen 90% des Landesreichtums und 2% besitzen 60% der Anbaufläche. Schon in den 70er Jahren, noch vor dem Bürgerkrieg, war mehr als die Hälfte der Bevölkerung arbeitslos. Drei Viertel der Kinder unter fünf Jahren leiden an schwerer Unterernährung. Neunzig Prozent der Bevölkerung verdienen weniger als 100 \$ (250 DM) im Jahr.

Stärke der Arbeiterklasse

El Salvador ist stärker industrialisiert als die meisten Länder Zentralamerikas, mit Fabriken zur Verarbeitung und Herstellung von Produkten wie Leder, Tabak und Schuhen. Laut offiziellen Zahlen gab es 1968 34.712 Industriearbeiter. Hierzu müssen noch die Arbeiter im Transportwesen, der Bauindustrie, dem Bergbau, Handel und Fischerei hinzugezählt werden, und auch die Arbeiter auf den Kaffee-, Baumwoll- und Zuckerplantagen (El Salvadors Hauptexportgüter) sind ebenso ein Teil



der Arbeiterklasse. Diese Klasse ist — mit Unterstützung der armen Bauern — die einzige Kraft, die in der Lage ist, das Volk von El Salvador durch die sozialistische Revolution zu befreien. Sie ist aber unglücklicherweise ein verlängerter Arm im Guerillakampf geworden, anstatt seine Vorhut zu bilden.

Angesichts jahrzehntelanger brutaler Unterdrückung sehen viele Jugendliche im Guerillakrieg die einzige Hoffnung. Aber er wird unausweichlich zu einem

deformierten Arbeiterstaat mit bürokratischem Regime führen, vergleichbar mit Kuba oder China. Die Guerilla-Führung wird als neue Elite-Führung die Kontrolle über die Gesellschaft ergreifen, unfähig, die Aufgaben der sozialistischen Revolution zu Ende zu führen. Dies kann nur durch eine demokratische Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter selber geschehen. Der Guerillakrieg der Bauern wird durch die FMLN (Befreiungsbewegung Farabundo Marti) und ihrer poli-

tischen Vertretung, der FDR, auf dem Lande geführt. Dort kontrollieren sie über 20% des Gebietes und folgen der Methode von Castro und Mao, erst die ländlichen Gebiete und dann die Städte zu erobern.

Doch die organisierten Arbeiter in den Städten haben ihre enormen Möglichkeiten, die Gesellschaft zu verändern, in den Generalstreiks vom Juni und August 1980 gezeigt, die durch die FDR/FMLN Führung ausgerufen wurden.

Damals existierte eine revolutionäre Situation und der Sieg der in Räten organisierten Arbeiter in den Städten war zum Greifen nah. Der erste Generalstreik war ein voller Erfolg und hätte mühelos in einen bewaffneten Aufstand der Arbeiter münden können. Weil jedoch keine politische Kraft die Machtfrage stellte und dafür mobilisierte, waren viele Arbeiter im August nicht mehr bereit, nur zum Protest den Kopf hinzuhalten. So erhielt die Reaktion wieder Auftrieb.

Der Kampf um die Macht in El Salvador hat bisher über 32.000 Arbeitern und Bauern das Leben gekostet — und er wäre bald beendet, wenn die USA nicht ihr Marionettenregime durch massive wirtschaftliche und militärische Hilfen unterstützen würden. Es sind die gleichen Interessen, welche die Menschen von El Salvador und den anderen ehemaligen Kolonialländern dazu getrieben haben, einen revolutionären Ausweg zu suchen.

Dennis Magill, Hamburg
SPD-Mitglied

Argentinien nach der Wahl (Teil 1)

Heruntergewirtschaftet durch Kapital und Militär.

Eine Reihe von Generalstreiks nach der Niederlage der argentinischen Militärjunta im Krieg um die Falkland-Inseln hatte die Generale dazu gezwungen, Ende Oktober Wahlen zuzulassen, obwohl sie diese eigentlich erst für 1987 vorgesehen hatten. Aber der Klassenkampf richtet sich eben nicht nach dem Willen der Generale.

Anfang Dezember tritt die neue Zivilregierung an. Diese Regierung wird von Alfonsín, dem Präsidenten der Radikalen Partel UCR gebildet. Die UCR hat die Wahlen mit einer absoluten Mehrheit gewonnen. Damit verlor die peronistische „Gerechtigkeits“-Partei zum ersten Mal seit 1946 in freien Wahlen.

Peronismus

1944 übernahm Juan Peron, ein General in einer Militärregierung, das Arbeitsministerium. Er versprach den Arbeitern Reformen und einen steigenden Lebensstandard. Argentinien nahm damals einen guten Platz in der Weltwirtschaft ein. 1943 war es die achte Wirtschaftsnation der Welt. Heute ist es auf Platz 60. Nach den Zerstörungen und Entbehrungen des Zweiten Weltkrieges gab es weltweit eine starke Nachfrage nach Weizen und Rindfleisch, den Hauptausfuhrsgütern Argentiniens, das dafür gute Preise kassierte.

Dieser wirtschaftliche Aufschwung erlaubte es Peron, den Arbeitern weitgehende Zugeständnisse in Form von Reformen zu machen.

Gestützt auf die Arbeiterklasse führte Peron einzelne Scheinschläge gegen die ausländischen Vertreter des Kapitals in Argentinien. Er schrie laut „Verstaatlichung“, als er die britischen Eisenbahnen enteignete und gleichzeitig leise großzügige Entschädigungen auszahlte. Obwohl er oft starke Worte gegen die „Yankee-Imperialisten“ gebrauchte, die große Teile der argentinischen Industrie kontrollieren, unternahm er jedoch nie ernsthafte Maßnahmen gegen sie und die mit ihnen eng verbundenen Kapitalisten und Großgrundbesitzer Argentiniens.

Mitte der 50er Jahre war der wirtschaftliche Aufschwung beendet. Es gab keine Möglichkeit mehr, weitere Verbesserungen der Lebensbedingungen der Arbeiter zu erreichen, ohne die Herrschaft der Kapitalisten und Großgrundbesitzer wirklich anzugreifen.

Militärdiktatur

Die Generale, denen die radikalen Worte Perons schon immer ein Dorn im Auge waren, putschten und errichteten eine Militärherrschaft, die bis 1973 andauerte. In dieser Zeit wurden die Löhne drastisch gesenkt, soziale Reformen rückgängig gemacht und der verhältnismäßig hohe Lebensstandard der

argentinischen Arbeiterklasse brutal zerstört. Demgegenüber mußte den Arbeitern die Regierungszeit Perons als ein goldenes Zeitalter erscheinen.

Aber die Generale waren nicht in der Lage, die Arbeiterklasse auf ewig in ihre Zwangsjacke einer Militär- und Polizeidiktatur zu stecken. Die argentinischen Arbeiter haben ein hohes Bildungsniveau und starke Organisationen in den peronistischen Gewerkschaften. Das Proletariat stellt die stärkste gesellschaftliche Kraft in Argentinien dar. 84% der Bevölkerung von 29 Millionen lebt in Städten mit über 100.000 Einwohnern. Allein in und um die Hauptstadt Buenos Aires leben 35% der Bevölkerung, also ca. 12 Millionen Menschen.

Allmählich erholten sich die Arbeiter von den Schlägen der Militärdiktatur, der Widerstand gegen das verhaßte Regime wuchs an und gipfelte 1969 in einem Arbeiteraufstand in Cordoba, der alle anderen unterdrückten und verarmten Schichten der Gesellschaft (Studenten, Professoren, kleine Ladenbesitzer) mit sich riß. 1971 und 1972 herrschte ununterbrochener Belagerungszustand. Aber trotz dieser Unterdrückung fanden weitere Generalstreiks in mehreren Provinzen und Städten wie Buenos Aires, Cordoba und Tucuman statt, die teilweise in Barrikadenkämpfen und Aufständen endeten.

Die Generale waren zu schwach, um weiterhin ihren Würgegriff über die Gesellschaft aufrecht zu erhalten. Unter dem Druck der Arbeiter und der allgemeinen Unzufriedenheit der Massen spaltete sich die Junta und General Lanusse kündigte Wahlen für März 1973 an, bei denen der peronistische Kandidat Hector Campora zum Präsidenten gewählt wurde. Die Arbeiter sahen dies als ein Signal, die Gefängnisse zu stürmen um ihre Klassenbrüder, die unter der Militärregierung inhaftiert wurden, zu befreien und an ihren alten Arbeitsplatz zurückzubringen.

Im Juni kehrte Peron aus dem 18-jährigen Exil in Spanien zurück. Eine Menge von drei Millionen Anhängern begrüßte ihn am Flughafen.

Klassengegensätze

Aber seit Peron Argentinien 1955 verlassen mußte, hatte sich die Situation völlig verändert. Das Land war erschüttert von enormen politischen und wirtschaftlichen Problemen, von tiefen Klassengegensätzen, die sich auch in der peronistischen Bewegung zeigten.

Peron war aus dem Exil geholt worden, um die revolutionäre Bewegung der Massen zu bremsen. Als Führer des rechten Flügels des Peronismus vertrat er die Interessen des argentinischen Kapitalismus. Der linke Flügel, vor allem die Peronistische Jugend kämpfte für Sozialismus und gegen Imperialismus, Großkapital und Militärherrschaft. Diese Gegensätze stehen sich unversöhnlich gegenüber.



Mütter fordern Aufklärung über ihre verschollenen Söhne (oben); Militärherrschaft (unten) konnte die Probleme in Argentinien nicht lösen



Bereits bei der Ankunft Perons kam es zu einem Blutvergießen. Bewaffnete Überfallkommandos der rechten Peronisten, wahrscheinlich angeheuert von Gewerkschaftsbürokraten, feuerten auf die Marschkolonnen der Peronistischen Jugend. Es gab Hunderte von Toten und Verletzten.

Campora wurde gezwungen, zurückzutreten, weil er der Peronistischen Jugend zu nahe stand. Bei Wahlen im September 1973 erhielt Peron 60% der Stimmen. Verglichen mit der Nachkriegszeit stand Peron einer vollkommen veränderten Situation gegenüber.

Die beiden Hauptabnehmerländer für Fleisch — Großbritannien und Italien — waren selbst in wirtschaftlichen Schwierigkeiten und verringerten ihre Fleischimporte. Außerdem konnte die landwirtschaftliche Produktion nicht erhöht werden, weil die Großgrundbesitzer riesige Flächen Land brach liegen ließen.

Fleisch wurde auf dem Schwarz-

markt gehandelt, weil den Großgrundbesitzern die von der Regierung festgesetzten Preise zu niedrig waren.

Peron war völlig unfähig, die Hoffnungen der Massen zu erfüllen. Er war gezwungen, immer mehr als offener Vertreter der Kapitalisten zu handeln.

Guerillakampf

Dies wurde ihm zweifellos erleichtert durch die beständigen „Heldentaten“ wie Entführungen durch die Guerillagruppe ERP. Auch wenn die ERP aus noch so opferbereiten und mutigen Gegnern der Herrschenden bestand, hat sie dennoch die argentinische Arbeiterbewegung keinen Schritt weiter gebracht. Um so schlimmer ist es, daß selbsternannte „Marxisten“ diese Robin Hoods der modernen Welt kritiklos unterstützten. Marxisten lehnen den individuellen Terrorismus ab, weil er versucht, den Massenkampf der Arbeiter durch Bomben und Attentate zu ersetzen. Dem stellt der Marxismus

das bewußte Streben der Arbeiterklasse gegenüber, die Gesellschaft zu verändern. Die Aufgabe von Marxisten ist es, den Arbeitern zu helfen, die Macht zu erkennen die sie in ihren Händen halten.

Angesichts der Stärke des Proletariats in Argentinien ist der städtische Guerillakampf reiner Wahnsinn. Aber durch den Verrat der rechten Peronisten und ohne eine marxistische Alternative sahen viele Jugendliche aus den Reihen der Peronistischen Jugend keinen anderen Ausweg.

Dabei traten zu jener Zeit die Klassengegensätze innerhalb der peronistischen Bewegung immer deutlicher zutage. Die Unzufriedenheit der Arbeiter in den Gewerkschaften wuchs von Tag zu Tag. Peronistische Veteranen begannen offen die Ausschlüsse und Maßnahmen gegen junge Peronisten zu kritisieren und solidarisierten sich mit ihnen. Die peronistischen Arbeiter, vor allem die jungen, hatten sich nach links entwickelt.

Die peronistische Jugend hatte Massenorganisationen mit fast einer Million Mitglieder aufgebaut. Mit einer richtigen Orientierung auf die Gewerkschaften und einem marxistischen Programm wäre es möglich gewesen, den argentinischen Kapitalismus zu stürzen und die spätere blutige Niederlage zu verhindern.

Terror

1974 starb Peron und seine Frau Isabella übernahm das Amt des Präsidenten. Zusammen mit Wohlfahrtsminister Lopez Rega begann sie einen blutigen Feldzug gegen jegliche Opposition. Die „Argentinische Antikommunistische Allianz“ (AAA) wurde gegründet, eine faschistische Terrororganisation, die linke Gewerkschafter, Arbeiter und Studenten ermordete. Bereits damals begann mit Duldung der rechten Peronisten das „Verschwindenlassen“ von Personen, dem bis heute 20.000 Menschen zum Opfer fielen.

Dieser Terror bereitete den Boden für einen weiteren Militärputsch. Die Arbeiter kämpften zwar in Streiks gegen die wirtschaftlichen Maßnahmen der peronistischen Regierung, aber ohne eine Perspektive und nationale Führung mußte mit der Zeit eine Ermüdung eintreten. Die Generale nutzten die Gelegenheit und übernahmen 1976 die Macht. Sie benutzten faschistische Methoden, um die organisierte Arbeiterbewegung zu unterdrücken und zu zerschlagen. Aber sie hatten nie die Massenbasis im Kleinbürgertum, auf das sich der deutsche Faschismus der 30er Jahre stützen konnte.

Dieser Artikel wird in der nächsten Ausgabe fortgesetzt:

Diktatur ab 1976, Krise, Falkland-Krieg, Wahlen, Perspektiven.

Dieter Janßen, Stuttgart
Jungsozialisten

Stuttgarter Jusos unterstützen Arendt-Arbeiter

Es geht auch ohne Unternehmer



In der letzten Ausgabe berichteten wir über den Kampf der Belegschaft der Firma Arendt in Sersheim bei Stuttgart um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze.

Der Eigentümer hatte sich durch einen betrügerischen Konkurs aus der Affäre gezogen. Alle 100 Beschäftigten sollten entlassen werden.

Darauf wurde der Betrieb besetzt. Unter dem Druck der fünfjährigen Besetzung hatte der Konkursverwalter der Belegschaft eine Frist bis zum 11. November 1983 gesetzt, um ein Konzept zur Weiterführung des Betriebes vorzulegen.

Am 11. November fand nun eine Gläubigerversammlung statt. Der Konkursverwalter hatte gehofft, daß ein zahlungsfähiger Käufer auftritt, der die Gläubiger zufriedenstellt. Tatsächlich hatte auch ein amerikanischer Konzern Interesse angemeldet. Die Belegschaft sollte abgebaut werden, wenn nicht sogar die Produktion ganz eingestellt werden. Als den Konzernherren jedoch klar wurde, wen sie da als Belegschaft hatten, ließen sie ihre Pläne schleunigst fallen. Damit ist das Schicksal des Betriebes weiterhin ungewiß. Die Belegschaft

hat aber die Hoffnung, daß ihr Konzept doch noch verwirklicht werden kann. Sie will den Betrieb unter eigener Kontrolle weiterführen. Die baden-württembergische CDU-Landesregierung soll dafür die notwendigen Gelder als Kredit zur Verfügung stellen. Um das zu erreichen, muß auch weiterhin politischer Druck ausgeübt werden, müssen die Kolleginnen und Kollegen durch unsere Solidarität ermutigt und gestärkt werden.

Wir Jungsozialisten aus Stuttgart-Mitte luden deshalb am 9. November zu einer Solidaritätsveranstaltung ein. Zuvor fand am späten Nachmittag eine Demonstration durch die Stuttgarter Innenstadt statt. Die Belegschaft, bzw. die ca. 250 Demonstranten marschierten vor das Wirtschaftsministerium, um der Forderung nach Kredit Nachdruck zu verleihen.

Unsere Veranstaltung wurde von ca. hundert Leuten besucht, darunter zwanzig Belegschaftsmitglieder der Firma Arendt.

Der Betriebsratsvorsitzende Werner Blum erklärte die Situa-

tion bei Arendt und machte klar, daß der Staat verantwortlich ist für den Erhalt der Arbeitsplätze. Gleichzeitig betonte er, daß die Belegschaft in der Lage ist, den Betrieb ohne Unternehmer zu führen. Werner Hillenbrand von der IG-Metall Ludwigsburg wies darauf hin, daß die Arendt-Belegschaft und ihr Betriebsrat immer sehr bewußt gewesen sind und nie der Sozialpartnerschaft trauten.

Aus dem Konkurs der Firma Arendt zog er die Schlußfolgerung, daß sich die Arbeitnehmer in dieser Wirtschaftsordnung ständig auf so eine Situation vorbereiten müßten, und zwar nicht nur verwaltungsmäßig, sondern auch politisch. Dabei müsse die Gewerkschaft auch Widerstandsformen mittragen, die über die Grenzen der allgemeinen Rechtauffassung hinweggingen. „Selbst wenn es phantastisch aussieht, ist es notwendig, über das allgemein scheinbar Machbare hinauszugehen. Wie sollten wir sonst unsere Forderungen durchsetzen, die wir auf Gewerkschaftstagen immer propagieren — beispielsweise die Veränderung der Produktionsverhältnisse und die Vergesellschaftung bestimmter Produktionen —, wenn wir nicht im kleinen bereit sind, das zu praktizieren und mit allen möglichen Mitteln zu unterstützen.“

Jürgen Hesse von der Stuttgarter SPD stellte die Solidarität der abhängig Beschäftigten in den Mittelpunkt seiner Einleitung. „Wenn in einem Betrieb ein Arbeitsplatz vernichtet wird und ein Kollege 'rausfliegt, muß das jeder als einen Angriff auf sich selbst sehen.“ Auch betonte er, daß es nicht zu Modellen kommen dürfe, bei denen die Übernahme der Betriebe dazu führe, daß die Belegschaftsmitglieder mit 5.000 DM von ihrem Sparbuch dabei seien und in einem Konkurs ihre Ersparnisse verlieren. Stattdessen müsse die Landesregierung gezwungen werden, die Gelder zur Verfügung zu stellen.

Keine sozialistische Insel

Arendt kann keine sozialistische Insel in der kapitalistischen Wirtschaft sein. Selbst wenn es der Belegschaft gelingt, den Betrieb unter ihrer Kontrolle weiterzuführen, bestehen die Probleme der kapitalistischen Konkurrenz und der Produktion für einen ungewissen Markt weiter. Trotzdem waren sich fast alle Veranstaltungsteilnehmer einig, daß der von der Belegschaft eingeschlagene Weg grundsätzlich richtig ist, um die Arbeitsplätze zu verteidigen. Es wurde darauf hingewiesen, daß ein Betrieb, in dem die Arbeiter selbst Regie führen, mit den Strukturen privater kapitalistischer Betriebe völlig brechen kann. Solche Betriebe könnten beweisen, daß wir keine Unternehmer brauchen. Sie könnten Arbeitern anderer Betriebe vor Augen führen, daß es auch anders und besser geht.

Es wurde aber auch darauf hingewiesen, daß es letztlich darum geht, die Produktionsmittel in

Gemeineigentum zu überführen und die Produktion demokratisch zu planen.

Praktische Solidarität

Alle Teilnehmer waren sich einig, daß es jetzt gilt, praktische Solidarität zu organisieren, damit das Belegschaftsmodell verwirklicht werden kann. An Spenden wurden an diesem Abend 285 DM gesammelt. Am gleichen Tag, als die Veranstaltung stattfand, berichtete die Stuttgarter Zeitung von einem Streik in einer Gießerei in Renningen bei Stuttgart.

Nachfragen bei der IG Metall-Ortsverwaltung ergaben, daß die Gießerei seit vier Tagen bestreikt sei. Hintergrund des Streiks bildete die Anordnung von Überstunden und die Ablehnung durch den Betriebsrat. Daraufhin wurde unter einem Vorwand der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende entlassen.

Alle Teilnehmer der Veranstaltung erklärten sich solidarisch mit den Streikenden. Zwei anwesende Jungsozialisten und drei weitere Veranstaltungsteilnehmer erklärten sich außerdem bereit, am nächsten Morgen ab 5.00 Uhr Streikposten zu stehen. Inzwischen ist der Streik beendet. Der entlassene Betriebsrat mußte wieder eingestellt werden.

Die Arendt-Belegschaft braucht weiterhin Unterstützung. Solidaritätsadressen und Spenden sind zu entrichten an:

Werner Blum, Lenastr. 11, 7143 Vaihingen/Enz 3

Spendenkonto: Nr. 880048 bei Kreissparkasse Ludwigsburg, BLZ 604 500 50.

Tel.: Firma Arendt 07042/3021, Betriebsrat verlangen.

Ursel Beck, Stuttgart Jungsozialisten

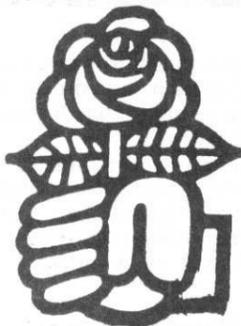
Erfolgreiche Juso-Aktion

Der Mitglieder-Zustrom nach dem Regierungswechsel im Frühjahr ist in unserer Juso-AG sowie wohl auch in vielen anderen Juso-AGs zum Stillstand gekommen!

Aus dieser Situation heraus hielten wir es für nötig, mal wieder nach draußen zu gehen, öffentliche Veranstaltungen und Diskussionen durchzuführen, um so neue Jugendliche für unsere politische Arbeit zu interessieren. Einige von unseren Genossen, die während der Sommerpause in Köln geblieben sind, haben einen Plan für einen Aktionsmonat erarbeitet. Der Aktionsmonat war aufgeteilt in vier Veranstaltungen mit den Themen: Jugendarbeitslosigkeit, Bildung und Bafög-Kürzungen, „Was ist Demokratischer Sozialismus?“ und Chile.

In der ersten Juso-Sitzung nach der Sommerpause wurde über die einzelnen Aktionen diskutiert. Wir haben beschlossen, daß eine massive Propaganda zu jeder einzelnen Aktion erfolgen muß.

Das sah folgendermaßen aus: Donnerstag- und Freitag abends



Stuart Garvie, Köln Mitglied der Juso-AG Altstadt-Nord

gingen wir von Tür zu Tür und verteilten die Flugblätter, die wir zu den einzelnen Aktionen gemacht haben und diskutierten vor allem mit den einzelnen Leuten. Samstag morgens haben wir auf der Einkaufsstraße in unserem Stadtviertel mit dem jeweiligen Flugblatt, sowie mit Megaphon, Juso-Fahne und Plakaten auf die jeweilige Aktion hingewiesen. Montag morgens haben wir vor den Schulen in unserem Ortsverein die Flugblätter zu der jeweiligen Aktion noch zusätzlich verteilt. Jeweils Dienstag

abends war dann die Veranstaltung angesetzt. An den Veranstaltungen nahmen immer ca. 20 Personen teil. Vor allem neue Leute brachten immer wieder neue Anregungen in die Diskussion ein.

Was haben wir nun von unserem Aktionsmonat gehabt?

Erstmal sehr viel Arbeit! Zweitens aber unheimlich viele Erfahrungen für die praktische Arbeit. Keiner von uns hatte sich am Anfang getraut, von Tür zu Tür zu gehen; oder Samstag morgens auf Passanten zuzugehen und sie anzusprechen; oder über Megaphon Ansprachen zu halten. Es zeigte sich immer wieder, daß man mit den Leuten auf der Straße oder an den Haustüren über Sozialismus, Verstaatlichung von Konzernen oder Ausbildung unter gewerkschaftlicher Kontrolle interessante und wichtige Diskussionen hatte.

Viele haben sich gefreut, auch nach dem Wahltermin mal etwas von der SPD zu hören. Wir haben zwar durch die Aktion direkt keine neuen Genossen gewonnen. Aber viele Interessenten haben ihre Adresse hinterlassen und werden in den nächsten Wochen von uns eingeladen oder besucht. Unser Aktionsmonat soll keine Eintagsfliege bleiben.

DDR ehrt Kapitalisten

Ende September reiste einer der mächtigsten Kapitalisten der BRD in die DDR: Berthold Beitz, Aufsichtsratsvorsitzender der Friedrich Krupp GmbH.

Vor seinem bereits vierten Gespräch mit Honecker wurde er von der Universität Greifswald mit der Ehrendoktorwürde ausgezeichnet, weil er sich „den Idealen des Humanismus verpflichtet“ sehe. So der DDR-Professor, der die Lobrede auf Beitz hielt.

Da stellt sich die Frage, wie weit die herrschenden Bürokraten der DDR in ihrer Zusammenarbeit mit westdeutschen Kapitalisten noch gehen werden. Die FAZ (24.9.1983) über Beitz: »Kaum ein anderer deutscher Manager in den großen Konzernen ist zu soviel Einfluß gelangt.« Einen solchen Vertreter des Kapitals als „Humanisten“ zu ehren, hat wahrlich wenig mit „Sozialismus“ zu tun.

Aber damit noch nicht genug. Eine Woche später feierte derselbe Beitz in der Krupp-Villa in Essen seinen 70. Geburtstag. Unter den Gästen diesmal: der sowjeti-

sche Botschafter Semjonow und der Staatssekretär im Außenhandelsministerium der DDR, der die Glückwünsche und Geschenke Honeckers überbrachte.

Natürlich waren auch sämtliche Spitzen der deutschen Industrie vertreten: Esser, Rodenstock, Wolff von Amerongen. Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff ließ sich extra mit dem Hubschrauber einfliegen. Nach der Affäre um die Neue Heimat ist es auch nicht erstaunlich, daß Gewerkschaftsbankier Hesselbach ebenfalls anwesend war.

Bleibt nur noch zu klären, was NRW-Ministerpräsident Rau mit Kabinett (alle SPD), DGB-Chef-Breit, IG Metall Vorstandsmitglied Judith, IG Bergbau und Energie Vorsitzender Adolf Schmidt dort zu suchen hatten. Da es sich um eine Geburtstagsparty handelte, liegt die traurige Vermutung nahe, daß sie dort weniger die Interessen von SPD- und Gewerkschaftsmitgliedern vertraten, sondern diesem einflußreichen Kapitalisten auch noch ihre Ehrerbietung darbrachten.



Viele Fernfahrer haben 80-Stunden-Woche:

„Ich bin 34 Jahre alt und mein Rücken ist kaputt“

VORAN sprach mit Fernfahrer Jürgen S. Er ist Fahrer im Güterfernverkehr im Bereich Rheinland-Norddeutschland. Jürgen ist verheiratet und hat zwei Töchter.

Jürgen, wie sieht das so aus? Wann fährst du im allgemeinen hier los?

Sonntagabend fahr' ich gegen 22 Uhr los. So nach fünf Stunden Fahrt habe ich vier Stunden Pause. Da lege ich mich dann in meine Schlafkabine und versuche zu schlafen.

Wenn ich dann vier Stunden geschlafen habe, geht's ans Abladen. Manchmal ist an den Abladestellen Hilfe da, aber oft muß ich das alleine machen. Ich fahre vier bis fünf Abladestellen an. Das Stückgut ist oft zwischen 200 und 300 kg schwer und wenn es dann keine Kräne gibt, muß das alles geschleppt werden. Nach dem Abladen geht es sofort ans Beladen. Dann schlafe ich wieder an der Raststätte oder vor der Firma eines Kunden.

Wie klappt es mit deiner Familie? Wann siehst du deine Frau und deine Kinder?

Also, ich erkläre es mal genau. Sonntags fahre ich los. Montags bin ich in Hamburg, Dienstag-

morgen wieder hier im Rheinland. Wenn ich viel Glück habe, kann ich nachmittags mal drei bis vier Stunden zur Familie, und dann geht es weiter. Familienleben habe ich nur am Wochenende. Wenn ich sonntagabends losfahre, muß ich Sonntagmittag auch ein paar Stunden schlafen. Manchmal habe ich auch ein langes Wochenende. Dann fahre ich erst Montagmorgen los und komme aber auch erst in der Nacht von Freitag auf Samstag nach Hause.

Wie lang ist dein Arbeitstag denn eigentlich?

So durchschnittlich fünfzehn bis siebzehn Stunden arbeite ich pro Tag. Das ergibt eine Wochenarbeitszeit von siebzig bis achtzig Stunden.

Wieviel verdienst Du?

Ich bekomme ein Festgehalt von 2.800 DM brutto. Ihr könnt euch ja ausrechnen, was das für ein Stundenlohn ist. Dazu gibt's Spesen, aber die brauche ich auch auf der Fahrt.

Die körperliche Belastung muß doch enorm sein. Hast du keine Beschwerden?

Ich bin vierunddreißig Jahre und mein Rücken ist kaputt. Ich bin schon mehrmals krank geworden deshalb. Das kommt hauptsächlich vom Be- und Entladen. Und durch den unregelmäßigen Schlaf bin ich ziemlich nervös. Wenn ich nicht be- und entladen müßte, wäre alles nicht so schlimm, aber man bekommt von den Kunden immer nur gesagt: »Das bißchen kannste ruhig mal tun, außerdem haben wir auf eurem Auto nichts zu suchen.« Bis zu fünfzig Tonnen muß man da manchmal ausladen!

Früher hatte ich ein bis zwei Ausladestellen pro Fahrt. Wenn's hoch kommt, habe ich jetzt sieben bis acht. Das muß in derselben Zeit erledigt werden. Viele Fernfahrer haben dann „dünne Augen“. Da kommt es auch oft zu Unfällen.

Ich nehme an, „dünne Augen“ heißt Übermüdung - Einschlafen am Steuer.

Ja, das passiert oft. Aber wenn ich nur noch eineinhalb Stunden von zu Hause weg bin, fahre ich durch. Kann man wohl verstehen. Falls wir kontrolliert werden, müssen wir die Strafzettel selber zahlen. Wir könnten ja auf einer Raststätte schlafen.

Was meinst Du, wie man Eure Lage verbessern kann?

Die von der Gewerkschaft sollten zu größeren Be- und Entladestätten hingehen und kontrollieren, ob Fahrer dabei mithelfen müssen. In Bremen brauchen die Fahrer nicht zu be- und entladen, da wird hochprozentig kontrolliert. Sobald die Händler und Kunden mehr Ladekräfte haben, haben wir mehr Freizeit und eine große Entlastung. Außerdem hätten wir weniger Arbeitslose auf der Straße.

Was waren die Forderungen der Gewerkschaft?

Hauptsächlich ging es um mehr Spesen, kürzere Arbeitszeit — uns wäre mit sechsundfünfzig Stunden pro Woche schon ein großer Gefallen getan — und wir

wollen nicht mehr am Be- und Entladen beteiligt sein.

Wie stehst Du zu diesen Forderungen?

Mir wäre es lieber, wenn mein Festlohn erhöht würde, anstatt die Spesen. Die Spesen sind Freibeträge. Bin ich vier Wochen krank, fehlen mir dadurch 400 DM. Auch im Urlaub bekomme ich nur meinen Tariflohn.

Hast Du von anderen Kollegen etwas über ihre Erfahrungen beim Streik gehört?

Daran haben sich nur die Fahrer größerer Speditionen beteiligt, die der Gewerkschaft angeschlossen sind. Ich schätze, daß es ungefähr 50% aller Fernfahrer in Deutschland waren. Aber wie ich gehört habe, haben sich auch Holländer und Belgier dem Streik aus Solidarität angeschlossen. Die Polizei hat mit Hundertschaften versucht, die Blockierungen aufzulösen und mit Festnahmen gedroht.

Fortsetzung von Seite 1 Der Streik rückt näher

Bei früheren Streiks haben viele Kollegen nur die gewerkschaftlichen Streikgelder kassiert und zu Hause abgewartet, bis der Arbeitskampf vorüber war. Ein solcher „Fernseh-Streik“ wird uns diesmal keinen Gewinn bringen. So viele Arbeiter und Angestellte wie möglich müssen ran. Kleine Schwerpunktstreiks werden nicht reichen. Die Hauptschlacht wird sicherlich in der Metallindustrie geschlagen. Aber außer der IG Metall werden die IG Druck und Papier, die Deutsche Postgewerkschaft, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die Gewerkschaft Holz und Kunststoff und die Gewerkschaft Handel Banken und Versicherungen für die 35-Stunden-Woche antreten. Eine große Streikbewegung ist wahrscheinlich, ebenso wie eine Gegenoffensive der Unternehmer, bis hin zu einer Flächenaussperrung. Was dann? Werden genug Kollegen bereit sein, im Gegenzug die Betriebe zu Besetzen?

Eines muß klar sein: Wir wollen unseren jetzigen Reallohn halten. Das verstehen wir unter vollem Lohnausgleich! Denn geop-

fert haben wir in den letzten Jahren schon genug: Jetzt sind die Unternehmer dran! In den Jahren 1981, 1982 und 1983 sind die Preise insgesamt um rund 16% gestiegen, unsere Tariflöhne (Metall) aber nur um 12,3% (von denen ein großer Teil die Steuerprogression schluckte!). Die Unternehmer haben in diesen Jahren die Produktivität um fast 10% gesteigert — das haben sich auch nicht mit uns geteilt, obwohl es aus unserer Arbeit herausgepreßt wurde!

Das heißt: Die Stundensätze müssen bei den Arbeitern um 14,3% angehoben werden, wenn sie bei der 35-Stunden-Woche denselben Monatslohn mit nach Hause nehmen wollen. Zusätzlich muß ein Inflationsausgleich von mindestens 5% her.

Bereitet Euch auf ein „heißes Frühjahr“ vor!

Diskutiert unter Kollegen Eure Vorstellungen! sorgt dafür, daß die Vertrauensleute und Betriebsräte davon erfahren!

Kurt Pfeifle



Schon vor fünf Jahren, im Winter 1978/79, streikten deutsche Stahlarbeiter für die 35-Stunden-Woche. Der Kampf dauerte sechs Wochen. Über Verlauf, Ergebnis und Konsequenzen berichten wir in der nächsten VORAN.

Außerdem:

Argumente für die 35-Stunden-Woche — was Kollegen meinen.

Kostenlose Arbeitskraft

Am 3. Februar 1983 kündigte der Bundeskanzler in einer Presseerklärung an:

- Jeder ausbildungswillige und ausbildungsfähige Jugendliche bekommt eine Lehrstelle
- Jungen Arbeitslosen, die keine qualifizierte Ausbildung haben, wird die Möglichkeit gegeben, ein berufsorientiertes Jahr in betrieblichen und überbetrieblichen Einrichtungen zu machen.

Über den ersten Punkt dieser Erklärung wurde viel geredet und geschrieben, wir wollen uns den zweiten Punkt einmal genauer betrachten.

Dieses berufsorientierte Jahr wird von den Unternehmen auf freiwilliger Basis angeboten, die Bundesanstalt für Arbeit finanziert diese Maßnahmen, deren Schwerpunkt auf dem betrieblichen Einsatz liegt. Die Betriebe haben keine Verpflichtung, diese Jugendlichen nach dem Jahr in ein Ausbildungs- oder Beschäftigungsverhältnis zu übernehmen. Nach Schätzungen des DGB und der Arbeitgeberverbände wären von dieser „Nachqualifizierung“ ca. 325.000 Jugendliche bis 25 Jahre betroffen.

In Stellungnahmen der verschiedenen Arbeitgeberverbände werden die beabsichtigten Maßnahmen sehr unterschiedlich betitelt, vom betrieblichen Berufsvorbereitungsjahr bis zu einjähriger Beschäftigungsmöglichkeit lauten die Bezeichnungen. Die letztere zeigt, worauf das ganze im Endeffekt hinausläuft.

Der Druck zu einer vollqualifizierten Ausbildung sinkt. Mehr Betriebe werden ihren Arbeitskräftebedarf über diese Teilqualifizierung decken. Die von den Gewerkschaften geforderte Neuordnung der Finanzen für berufliche Bildung wird durch die Plünderung der Kassen der Bundesanstalt für Arbeit unterlaufen. Die Unternehmen können im verstärkten Maße öffentliche Gelder bekommen, ohne daß sie neue Ausbildungsplätze schaffen, oder die bisherigen erhalten müssen. Diese Maßnahmen verhindern die von den Gewerkschaften geforderte breite Grundausbildung. Den Arbeitgebern wird es leicht gemacht, die Qualifikationsstruktur dafür zu benutzen, die unterschiedlichen Arbeitsbedingungen und Entlohnungen zu begründen und aufrecht zu erhalten.

Damit haben also nur die Unternehmer die Vorteile von diesen Nachqualifizierungsmaßnahmen, denn sie können die ehemals jungen Arbeitslosen einsetzen, wo ihnen Arbeitskräfte gerade fehlen und haben dazu noch eine kostenlose Arbeitskraft, und dies in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit. Es besteht natürlich die Gefahr, daß die Unternehmer ihre angelernten Arbeiter auf die Straße setzen, und statt dessen die Teilnehmer der Maßnahmen einstellen, da diese ja nichts kosten.

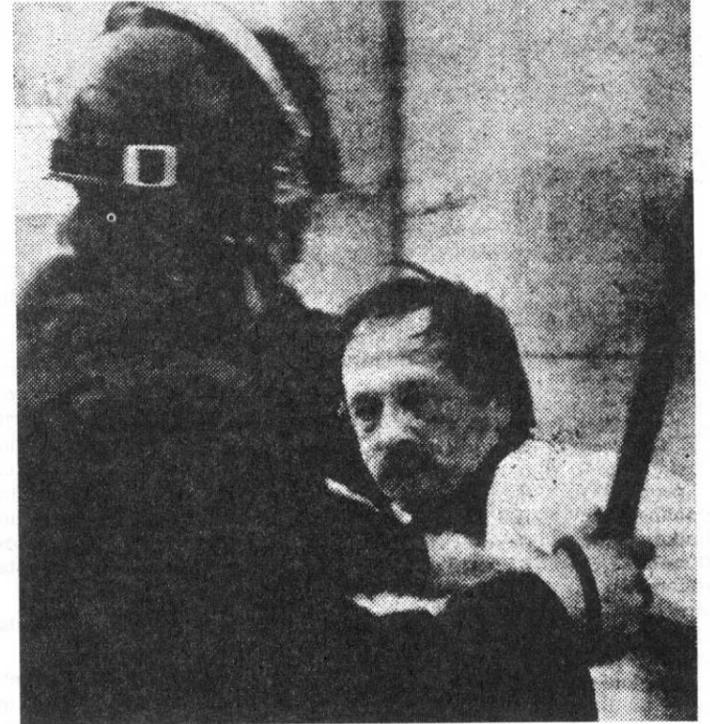
**Georg Kempf, Stuttgart
Mitglied der GdED**

Streikbewegung in Belgien und den Niederlanden

Arbeiter zeigen ihre Macht

Überall in den einst wohlhabenden Ländern Europas wurde der Lebensstandard der Arbeiter angegriffen. Die Unternehmer zeigen, daß ihr System eine vernünftige Versorgung der Alten, Kranken und Schwachen nicht mehr gewähren kann. Um die Profite der wenigen zu erhalten, werden Löhne gekürzt und Arbeitsplätze vernichtet.

Aber die Arbeiter wehren sich. Im September breitete sich in Belgien ein Generalstreik aller im öffentlichen Dienst Beschäftigten spontan aus, von den Eisenbahnen in Charleroi bis zu den Hafnarbeitern in Antwerpen. Ungeplant und unorganisiert zeigten die Arbeiter ihre Kraft, indem sie das ganze Land zum Stillstand zwangen. Der Staat war lahmgelegt. Die Polizei drückte ihre Sympathie mit den Streikenden aus, Soldaten blieben einfach den Kasernen fern „wegen fehlender Transportmöglichkeiten“.



Belgien 1982: Bereitschaftspolizei schlägt auf demonstrierende Stahlarbeiter

Augenblick abzublasen, in dem die Arbeiter des privaten Sektors sich den Streikenden anschließen wollten — was zweifellos den sicheren Sieg bedeutet hätte. Stattdessen führte ihr Kompromiß zu einer vorübergehenden Niederlage, gerade in dem Moment, wo die Einheit zwischen privat und öffentlich Beschäftigten, Flamen und Walonen, katholischen und sozialistischen Gewerkschaften entstand.

Jetzt ist Holland an der Reihe. Das liberale, wohlhabende Image dieses „Wohlfahrtsstaates“ ist erschüttert. 16% sind arbeitslos, die rechte Koalitionsregierung will die Sozialausgaben insgesamt um 3,5% kürzen, darunter auch die Gehälter aller öffentlich Beschäftigten. Bei 2,5% Inflation bedeutet das einen Reallohnverlust von 5%. Dies provozierte eine Streikwelle. Die Arbeiter bei der Post und den öffentlichen Verkehrsmitteln legten die Arbeit nieder; Utrecht und den Haag waren total blockiert durch Feuerwehrfahrzeuge. Angestellte des öffentlichen Dienstes hielten ihren Minister im Regierungsgelände fest. Der Justizminister lief zum Gericht, um die Solidaritätsaktionen der Polizei für illegal erklären zu lassen!

Nichts ist sicher. Alles bisher selbstverständliche, die Fürsorge für die Schwachen, der Lebensstandard der Arbeiter nach 30 Jahren, „sichere“ Arbeitsplätze,

die Zukunftsaussichten der jungen Generation, all das wird zerstört durch die Krise des Kapitalismus. Währenddessen bestellt die Regierung 57 neue F-16 Kampfbomber zum Preis von 2,4 Milliarden Gulden und der Chemiekonzern AKZO vervierfachte seine Profite nach der Entlassung von 2.500 Arbeitern!

Das Leben kann so nicht weitergehen — darum werden bescheidene Arbeiter kämpferisch. Doch die Gewerkschaftsführung hat nichts gegen Lohnkürzungen für ihre Mitglieder von 1,5% (statt 3,5%). Schon letztes Jahr hatte sie einen Kompromiß gemacht — das führte zur Auflösung der Bindung von Löhnen an die Inflationsrate. Dann verkündete die Regierung den totalen Lohnstopp. Die Gewerkschaftsführer handelten eine kürzere Wochenarbeitszeit aus — bezahlt wird das durch neue Lohnkürzungen.

Dieser bisher letzte Kompromiß wird die Bosse nur zu noch größeren Lohnkürzungen ermutigen. Die Regierung plant, die Löhne in den nächsten drei Jahren um 10% zu kürzen. Wenn die Gewerkschaftsführung jetzt den Kopf einzieht, wird das nur früher oder später zu größeren Wutausbrüchen führen. Oder haben sie vielleicht mehr Angst vor der Macht ihrer Mitglieder als vor der Regierung?

Brent Kennedy, Köln



Streikposten blockierten die Hauptstraßen und Häfen und schnitten das Land vom internationalen Handel ab. Tausende junger Arbeiter ohne vorige Gewerkschaftserfahrung lernten in zwei Wochen als Streikposten mehr über Politik als einige „Altdiente“ in 20 Jahren. In den großen Städten wie Lüttich sprach man davon, die verhaßte rechte Regierung zu stürzen, die durch Sondervollmachten über die Köpfe des Parlaments hinwegregiert. Diese Regierung verkündete eine Amnestie für die Super-Reichen, die den Staat um Milliarden nicht bezahlter Steuern „betrogen“ hatten.

Schließlich beteiligten sich auch die Gewerkschaftsführer an der Auseinandersetzung, aber nur um den Streik gerade in dem



Die Bonner Bundesregierung pflegt gute Beziehungen zum Regime in Sri Lanka. Letzten Winter besuchte Minister Warnke (Mitte) den Staatspräsidenten Sri Lankas J.R. Jayawardene (links)

Sri Lanka:

Proteste gegen Unterdrückung

Auch wenn es inzwischen nicht mehr in den Schlagzeilen der Weltpresse zu finden ist: die Situation in Sri Lanka hat sich keineswegs entspannt.

Vor und nach den blutigen Unruhen im Sommer 1983 wird die Bevölkerungsminderheit der Tamilen unterdrückt, werden oppositionelle Politiker gejagt und verhaftet, bestehen Notstandsrecht und Pressezensur.

Vier linke Parteien wurden verboten, wovon bisher nur die „kommunistische“ Partei wieder zugelassen wurde. Der reaktionäre Präsident Sri Lankas, J.R. Jayawardene, wirft ihnen vor, sie hätten die Unruhen angezettelt.

Doch sieh, das Schlechte liegt so nah: Privatmilizen der Regierungspartei J.R.s, sowie reguläre Militärtruppen haben die „Überfälle“ angezettelt, wie zahlreiche Augenzeugen berichteten (siehe ausführlichen Bericht in VORAN Nr. 66).

Inzwischen hat sich auch in der Bundesrepublik der Protest gegen die Zustände in Sri Lanka geregelt. MDs, unabhängige Organisationen, Untergliederungen von SPD und Jungsozialisten, sowie einzelne Mitglieder sind aktiv geworden. So stellt zum Beispiel der Unterbezirk Köln der Jungsozialisten in einem Protestbrief an die Botschaft Sri Lankas klar:

„Für die Regierung Sri Lankas waren diese 'Rassenunruhen' der willkommenen Anlaß, ausgeführt durch ihre eigenen Anhänger gegen die für ihre Rechte eintretenden Tamilen hart vorzugehen und darüber hinaus zugleich die oppositionellen Linksparteien zu liquidieren.“

Die Juso-AG Stuttgart-Mitte stellt in ihrem Protestbrief außerdem fest: „Diese Pogrome wurden angeführt von den Privatarmeen des Premierministers Premadasa und des Industrieministers Mathew und nach angefertigten Listen ausgeführt. Polizei und Militär duldeten diese Exzesse, bei denen mindestens mehrere hundert Menschen ums Leben kamen. Diese Vorfälle sind vergleichbar mit der Plünderung und Zerstörung jüdischer Geschäfte und der Verfolgung von Juden in der Reichskristallnacht 1938 in Deutschland.“

Einige SPD-Abgeordnete (Europa, Bund, Land) haben sich in Unterschriftenlisten gegen die Verfolgung von oppositionellen Parteien in Sri Lanka eingetragen. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Uwe Holtz, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, hat ein persönliches Protestschreiben an den Botschafter von Sri Lanka in Bonn geschickt.

Natürlich wird sich das Regime von Sri Lanka nicht allein durch moralische Appelle beeindrucken lassen. Aber bundesdeutsches Kapital ist ein wichtiger Investor und Kreditgeber in Sri Lanka, und das Regime ist auf bundesdeutsche Entwicklungshilfe und devisenbringende Touristen angewiesen. Deshalb kann ihm die öffentliche Meinung in der BRD nicht gleichgültig sein.

Schickt also weiterhin Protestbriefe an die Botschaft! Organisiert Unterschriftensammlungen! Fordert Eure örtlichen Bundestagsabgeordneten zu persönlichen Protestbriefen auf!

Anschrift:
**Botschaft der Republik Sri Lanka
Rolandstr. 52
5300 Bonn Bad Godesberg**

ABONNIERT VORAN

Ich möchte VORAN abonnieren... und habe 9.60 DM auf das Postscheckkonto 'VORAN zur sozialistischen Demokratie', Nr. 2500 59-430, PschA Essen überwiesen (Abopreis für sechs Ausgaben). Lieferung erfolgt ab Nr. 69 nach Zahlungseingang. Einsenden an: VORAN, Reinwardtstr. 2, 5630 Remscheid 11

Name: _____

Anschrift: _____